

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Kampagne zum „Deutschen Herbst“: Geschichtsfälschung aus aktuellem Interesse – S. 4*
- *Frankreich nach dem ersten Wahlgang: Polarisierung zwischen Mitte und Rechts – S. 6*
- *Bayern startet Abschiebungen in den Nordirak – S. 12*
- *„Erfolgreiche“ Arbeitslosenbekämpfung in Mannheim – S. 15*
- *Die NPD kann man nur einmal verbieten – dann aber richtig! – S. 19*

Ausgabe Nr. 9 am 4. Mai 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

SPD streitet um Postmonopol und Mindestlohn für Postdienste

Handelsblatt, 26.4. rül. Nicht nur bei den Gewerkschaften, auch in der SPD hat die Zustimmung des Parteivorstandes Beck gegenüber Kanzlerin Merkel, das Briefmonopol der Post zum Jahresende ohne Einschränkungen auslaufen zu lassen, zu erheblichem Ärger geführt. Das „Handelsblatt“ berichtet, auf der SPD-Fraktionssitzung am 25.4. im Bundestag habe es offenen Streit darüber gegeben. Hintergrund sind die Sorgen der ohnehin schon schlecht verdienenden Postbeschäftigten vor einer weiteren Ausbreitung von Dumpinglöhnen in diesem Bereich. Nicht nur die Gewerkschaften, auch der Vorstand der Post AG haben deshalb wiederholt gefordert, bei einem Auslaufen des Briefmonopols wenigstens die Regeln des Entsendegesetzes auf diesen Bereich auszudehnen und den für die Postbeschäftigten geltenden Tarif allgemeinverbindlich für alle Konkurrenten zu erklären. Das steht nun in den Sternen. Die CDU/CSU weigert sich, einer solchen gesetzlichen Korrektur zuzustimmen. Mit seiner Zusage gegenüber Merkel hat Beck nach Meinung von SPD-Abgeordneten leichtfertig eine Chance für Mindestsicherungen verspielt. Nachfragen, ob Beck als Gegenleistung von der Union irgendwelche Zusagen erhalten habe, wurden aus der SPD laut „Handelsblatt“ dementiert: „Da ist leider nichts“.

Siemens und die US-Börsenaufsicht

Handelsblatt, 27.4. rül. Dem Siemens-Konzern droht nach einem Bericht des „Handelsblatts“ „ein unangenehmes Nachspiel zu der Korruptionsaffäre“. Die US-Börsenaufsicht SEC hat eine formelle Untersuchung gegen den Konzern eingeleitet. „Sollte die SEC einen Verstoß gegen US-Wertpapiergesetze feststellen, droht den Münchnern nicht nur eine Geldstrafe in Millionenhöhe. Sie müssen zudem auch mit zivil- und strafrechtlichen Verfahren sowie mit einer Welle von Aktionärsklagen rechnen“, schreibt die Zeitung. US-Rechtsexperten rechneten mit einem „rigorosen Vorgehen“. Auch das US-Justizministerium habe Ermittlungen aufgenommen. Schmiergeldzahlungen sind nach dem so genannten Foreign Corruption Practices Act (FCPA) von 1977 auch für Unternehmen verboten, die in den USA nur an der Börse registriert sind. Ein ähnliches Verfahren läuft bereits gegen DaimlerChrysler. Der Konzern musste deshalb inzwischen seine Bilanzen für 2003 und 2004 korrigieren, was den Gewinn um 64 Millionen Euro verringert. Daimler droht zudem eine empfindliche Geldstrafe, nach dem Be-

richt „bis zu 500 Millionen Euro“. Für den Siemens-Konzern könnten die schmutzigen Praktiken aus der Ära von Pierer am Ende noch erheblich teurer werden.

European Patrols Network gegen Migranten

Neues Deutschland, 25.4. hav. Ende Mai, so ist aus dem Frontex-Oberkommando in Warschau zu erfahren, wird an den südlichen EU-Küsten ein permanentes European Patrols Network (EPN) installiert. Es ist, so Exekutivdirektor Oberst Ilkka Laitinen, „ein sehr wichtiges Schlüsselement“ des einheitlichen EU-Überwachungssystems. Im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft setzt sich die Bundesrepublik sehr für den Ausbau von Frontex ein. Jüngst wurde eine Verordnung zur Bildung von „Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke“ auf den Weg gebracht. Dabei nutzt man Erfahrungen, die deutsche Grenzpolizisten bei der Ausbildung von Kollegen in Polen, Tschechien, in der Ukraine, in Moldawien oder den baltischen Staaten gewonnen haben. Deutschland hat die Struktur osteuropäischer Grenzschutzorganisationen wesentlich geprägt. Derzeit ist man bei der „Errichtung bzw. Modernisierung“ der 2508 Kilometer langen Grenze Rumäniens. Gut ein Zehntel der Geräte wird aus anderen EU-Ländern zugeliefert. Die Höchsthaftung des Bundes für das Projekt beträgt 325,3 Millionen Euro. Allein diese Summe zeigt, was neben Frontex — die Agentur hat 2007 einen Etat von 21 Millionen Euro, davon 12,3 Millionen für operative Einsatzmaßnahmen — für die EU-Ausgrenzungsstrategie ausgegeben wird. Deutschland ist mit einem Fünftel an der Summe beteiligt. Fragen nach dem Haushalt sind das einzige Mittel des deutschen Parlaments zur Kontrolle. Denn, so die Bundesregierung auf eine FDP-Anfrage: „Frontex hat eine eigene Informations- und Datenhoheit und steht gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten nicht in einer Informationspflicht bzw. Pflicht zur Datenweitergabe. Informationen, die interne Ablaufprozesse von Frontex oder Kooperationen mit anderen Mitgliedsstaaten betreffen, liegen nicht in der Zuständigkeit der Bundesregierung.“

EU: Gegen Intoleranz in Polen

Kurier, 27.4. hav. Der rechtskonservative Erziehungsminister Marciej Giertych sorgt mit seiner homophoben, rassistischen und antisemitischen Haltung für Unmut. Das Europaparlament hat Untersuchungen über die „zunehmende Tendenz zu rassistischer, fremden-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

feindlicher und homophober Intoleranz“ in Polen gefordert. Damit solle sich die EU-Beratungsstelle für Rassismus in Wien befassen, verlangte das Parlament am Donnerstag in einer Entschließung. Die EU-Kommission in Brüssel solle ihrerseits prüfen, ob das von Polen angekündigte Gesetz gegen Verbreitung von Homosexualität an Schulen mit dem EU-Vertrag in Einklang zu bringen ist. Außerdem müsse sie die Umsetzung der Antidiskriminierungs-Richtlinie prüfen und bei Verstößen eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einreichen. An das Präsidium des Parlaments richtete das Plenum die Aufforderung, eine Parlamentarierdelegation nach Polen zu entsenden. Die Abgeordneten sollten sich vor Ort ein genaues Bild über die Lage von Homosexuellen und Lesben machen. Die EU und alle ihre Institutionen müssten gewährleisten, dass die Rechte der Menschen in der Union geachtet werden, stellte das Parlament mit Blick auf Artikel 6 des EU-Vertrages fest. Er verankert die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten als fundamentalen Grundsatz der EU.

Kampf um Mindestlohn in Polen

Rund 1.500 Menschen demonstrierten am 19. April in Wroclaw, Polen vor den Werktores der Zeitarbeitsfirma IMPEL und in de Straßen für Mindestlöhne und die Rechte von Leiharbeitern (s. auch PB 8, S. 9). Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus Attac, der Polnischen Partei der Arbeit, Jungen Sozialisten, Anarchisten, der KP Polens, der freien Gewerkschaft Sierpien 80, dem Komitee zur Hilfe und Verteidigung von Arbeitern, der Gesellschaft für eine bessere Welt und Attac. Den Auftakt machte eine Kundgebung vor den Werktores der Firma IMPEL, die damit endete, dass ein Gewerkschafter mit einer Schubkarre mit einer Dokumentation der Repressalien dieser Firma gegen das Werkstor anrannte. Im Zentrum überreichten die Demonstranten einem Abgeordneten eine Petition, die sich für die Festanstellung von Leiharbeitern nach einer kurzen Zeit im Betrieb einsetzt. (Quelle: Bericht von Markus Heide auf www.linxx.net/de/lavka)



1. Mai: „Du hast mehr verdient“

www.dgb.de, 1.5./Bilder 1. Mai-Kundgebung in Hamburg. alk. „Du hast mehr verdient. Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit“, so lautete dieses Jahr das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Entsprechend standen relativ handfeste Ziele und Forderungen im Mittelpunkt, zum einen die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und zum anderen die breite Mobilisierung der Be-



schäftigten in der Metallindustrie für eine Tarifierhöhung. Die Warnstreiks sind für die Metallunternehmen ein deutliches Signal, dass sie nicht mit geringfügigen Erhöhungen durchkommen werden.

In Gelsenkirchen sprach sich der DGB-Vorsitzende Sommer sehr deutlich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus:

„Wenn wir heute für soziale Gerechtigkeit demonstrieren, dann ist derzeit unser wichtigstes Ziel die Abschaffung von Armutslohnen. Millionen arbeiten in diesem Land für Hungerlöhne. Sie haben etwas gelernt, sie arbeiten hart und sie können sich und ihre Familien doch von ihrem Lohn nicht über Wasser halten. Das ist und bleibt ein sozialer Skandal. Jeder Tag, der ins Land geht, ohne dass etwas dagegen getan wird, ist einer zuviel. Das Problem ist bekannt.

Wir haben die Lösung benannt. Und jetzt ist es an der Zeit zu handeln. Solange sich der Friseurladen in Thüringen weigert, seinen Friseurinnen und Friseuren mehr als 3,50 € zu zahlen, oder Wachmänner für fünf Euro beschäftigt werden, solange also Land auf und Land ab Arbeitgeber ihre Beschäftigten mit Hungerlöhnen ausbeuten, so lange bleibt der Staat gefordert, zu handeln. Und zwar jetzt. Wir brauchen auch keine Kombilöhne à la CDU, die doch nichts anderes sind, als die Tatsache, dass die Allgemeinheit das Ausbeutertum auch noch finanziert. Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne. Niemand in diesem Land soll für weniger als 7,50 € in der Stunde arbeiten müssen. Das ist alles andere als üppig. Es ist das absolute Minimum. Dieser Mindestlohn zerstört keine Arbeit, sondern ist ein gutes Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit. In zwanzig europäischen Ländern gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Selbst in den USA wird er gerade drastisch erhöht. Nur Deutschland ist mal wieder Schlusslicht, wie bei den Kinderkrippen auch. Unsere Mahnung an die verantwortlichen Politiker heißt: Der Mindestlohn ist kein Wahlkampfthema für 2009. Es ist notwendig, ihn jetzt, im Jahr 2007 einzuführen.“

Damit war das SPD-Mitglied Sommer jedenfalls deutlicher als der SPD-Vorsitzende Beck, der ebenfalls auf einer Mai-Kundgebung im rheinland-pfälzischen Wörth um den gesetzlichen Mindestlohn herumredete: „Wir werden in der großen Koalition darum ringen, jeden gangbaren Schritt in diese Richtung auch zu gehen“, zitiert ihn die SPD-Pressemitteilung. Und weiter: „Kurt Beck bekräftigte die Forderung der SPD, Mindestlöhne in denjenigen Branchen einzuführen, die mit den Tarifverträgen nicht oder nicht ausreichend erreicht würden.“ Damit hält sich Beck die Hintertüre offen, dass es eben nicht zu einem für alle Branchen und Beschäftigten geltenden Mindestlohn kommt.

Geschichtsfälschung aus aktuellen Interessen

In diesem Jahr jährt sich der „Deutsche Herbst“ zum 30. Mal. Seit längerem zeichnete sich ab, dass staatliche Institutionen und Medien einen erheblichen Aufwand betreiben würden, dieses „Deutschen Herbstes“ zu gedenken. Die Freilassung von Brigitte Mohnhaupt nach Verbüßung ihrer Mindesthaftdauer von 24 Jahren (und insgesamt 28 Jahren Gefängnis) und das – immerhin ja seit Jahren vorliegende und bekannte – Gnadengesuch von Christian Klar boten den Bemühungen, eine bestimmte Sicht der Auseinandersetzung zwischen der BRD und der RAF in der Öffentlichkeit zu verankern, einen willkommenen Anlass. Die Frage der Freilassung der am längsten inhaftierten Gefangenen aus der RAF wird auf eine vor allem für Christian Klar folgenschwere Weise¹ instrumentalisiert.

Der „Deutsche Herbst“ und die aktuelle Kriegspolitik

Die auf breiter Front losgetretene Debatte – wenn denn der Begriff der Debatte die Lawine von Artikeln, Berichten, Kommentaren, Meinungsäußerungen, Chroniken, Talkshows, Büchern wiedergeben könnte – über die letzten Gefangenen aus der RAF und den „Deutschen Herbst“ hat am allerwenigsten mit Aufklärung und Aufarbeitung der Auseinandersetzung zu tun. Der immense Aufwand wird betrieben, um die RAF als gewöhnliche Mörderbande herauszustellen, die politische Motive – wenn von diesen überhaupt die Rede ist – höchstens vorschützt, deren eigentliche Triebkraft aber das Morden und die Verbreitung von Schrecken und Terror war. Diese erste von im Wesentlichen zwei vermittelten Botschaften

fasste der hessische Ministerpräsident Roland Koch in einem Gastkommentar in der FAZ (2.3.07) so zusammen: „Vor dreißig Jahren überzog die RAF unser Land mit Gewalt und Terror.“ Die Äußerung des Intendanten des Berliner Ensembles Claus Peymann, der die RAF in geschichtliche Zusammenhänge einbettete – „Uns saß die Adenauer-Ära noch in den Knochen, die ganzen alten Nazis kamen wieder auf die Ministerposten. Das wird ja heute alles vergessen“ – rollte Koch nieder: „Die Bundesrepublik Deutschland unter Konrad Adenauer war ein Staat mit einer der besten Verfassungen der Welt, mit sozi-

aler Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Ein Land, das Freiheitsrechte garantierte.“

Wir haben das verstockte Beschweigen der Nazivergangenheit, verbunden mit Verbot und Verfolgung von Kommunisten und Ächtung von Antifaschisten, als geschichtlichen Hintergrund der Entstehung der Kritikbewegung der jungen Generation in den 60er Jahren in dieser Zeitung beschrieben.² Hier soll ein anderer Gesichtspunkt hervorgehoben werden, der ein Licht auf die aktuelle Kampagne wirft.

Die nicht nur in der BRD, sondern überall in Westeuropa und den USA entstehende Oppositionsbewegung erfuhr Anstöße und Aufschwung nicht zuletzt durch die Erfolge des antikolonialen Befreiungskampfes. Seit Ende der 50er, dann vor allem in den 60er Jahren erlangte der Großteil der bis dahin kolonial beherrschten Welt die Unabhängigkeit, zum Teil nach langen bewaffneten Befreiungskriegen; in anderen Kolonien, vor allem im südlichen Afrika entstanden Befreiungsbewegungen, die gegen den Gewaltapparat der Kolonialmächte den bewaffneten Kampf aufnahmen. Der Eintritt der USA in den Vietnamkrieg³ 1964 führte nicht nur zu einer Eskalation des Krieges und zu seiner Ausweitung auch auf die Nachbarländer Laos und Kambodscha, sondern



Vom Lazarettschiff „Helgoland“ in Südvietnam ...

drohte eine neue Welle von Kolonialkriegen einzuleiten, zum Auftakt eines kolonialen Roll-Back zu werden.⁴

Wie weit die BRD in den Vietnamkrieg verstrickt war, wird wohl erst das Studium der nach und nach zu öffnenden Akten zeigen. Sicher ist, dass beides, der Druck der USA, militärische Unterstützung zu erhalten, und das Bestreben der Bundesrepublik, die dabei war, die nach der Niederlage des Faschismus auferlegten Fesseln nach und nach abzustreifen, der imperialistischen Kriegscoalition auch militärisch beizutreten, groß war. Das schlug sich 1966 in der Entscheidung der Regierung Erhard

nieder, zwar (zunächst?) nicht, wie angefordert, zwei Divisionen der Bundeswehr, jedoch das Lazarettschiff Helgoland nach Südvietnam zu entsenden.

Die rasante Zunahme der Kriegsdienstverweigerung – innerhalb weniger Jahre, von 1966 bis 1972, verachtete sich die Zahl der Anträge, sie wurde für die staatlichen Institutionen erstmals zum „Problem“ mit der Folge zunehmender Diffamierung und Repression⁵ – ist ein sicheres Indiz für die Kritik, auf die die deutsche Beteiligung am Vietnamkrieg in wachsenden Teilen der Gesellschaft stieß. Die Kritikbewegung der auf diesem Hintergrund aufkommenden neuen Linken hat dazu beigetragen, dass sich die BRD letztlich nicht, jedenfalls nicht unmittelbar militärisch, am Vietnamkrieg beteiligt hat. Es ist schwer zu sagen, ob die Entschlossenheit zum Krieg damals hätte gestoppt werden können, wenn die Entscheidungsträger nicht die Erfahrung hätten machen müssen, dass sie sich eine Opposition einhandeln, die die Regeln bricht. Das ist kein Argument zur Legitimation des „bewaffneten Kampfes“⁶, erklärt aber zum erheblichen Teil den Nimbus, den die RAF und verwandte Bewegungen vor allem in den 70er Jahren hatten, und das Maß an Sympathie, die sie auslösten, vor allem unter der Jugend, das weit über das Einverständnis mit ihren politischen Strategien hinausging.

Die BRD ist inzwischen längst kriegsführende Macht und auf immer mehr Kriegsschauplätzen im Einsatz. Sie ist sich der weit verbreiteten Ablehnung von Kriegseinsätzen bewusst und rechnet zugleich damit⁷, dass diese für die bundesdeutsche Gesellschaft opfervoller werden, als sie bisher sind. Die Anstrengungen der gegenwärtigen Kampagne zielen präventiv darauf, eine an die RAF auch nur irgendwie anschließende Tradition zu unterbinden, indem sie deren Nimbus, der heute nur noch als Erinnerung, aber immerhin als Erinnerung noch vorhanden ist, vollständig zu zerstören sucht.⁸ Dazu gehört nicht nur, jegliche Erinnerung an die politischen Zusammenhänge, in denen die RAF entstand und agierte, zu zerstören. Dazu gehört auch, das Schweigen aufzubrechen, mit dem die früheren Mitglieder der RAF unter zum Teil erheblichen persönlichen Opfern⁹ die Identität der RAF als auch politische Organisation zu bewahren versuchten.

Die Normalisierung des Ausnahmezustandes

Um die zweite Absicht der Kampagne offen zu legen, sei auf einen anderen As-



... zum Tornado-Kampfeinsatz in Afghanistan. Gewalt ist längst wieder zum Mittel für die Durchsetzung politischer Ziele geworden.

pekt der seinerzeitigen Auseinandersetzungen hingewiesen. Einerseits hatte die 1966 gebildete Große Koalition von CDU/CSU/SPD 1968 parallel zu und im Zusammenhang mit den Bestrebungen, sich am Krieg gegen Vietnam zu beteiligen, Notstandsgesetze durchgesetzt und damit die rechtlichen Bedingungen für den Ausnahmezustand geschaffen. Andererseits hatten die Staatsorgane, hatten Politiker wie Schmidt oder Strauß keinen Hehl daraus gemacht, dass sie bei der Verfolgung der RAF gesetzliche Schranken für die staatliche Exekutive überschritten, dass sie den Ausnahmezustand in Anspruch genommen, eine Art „gesetzesfreie Bewältigung aktueller Ernstfälle“ betrieben haben nach dem Motto, in äußersten Situationen müsse man bis zum Äußersten gehen und wenn nötig darüber hinaus. Viele der Maßnahmen zur Außerkraftsetzung von Grundrechten, der Überschreitungen und Exzesse staatlicher Gewalt, sind, wenn auch aus der unmittelbaren Erinnerung verschwunden, dokumentiert¹⁰ und deshalb erinnerbar. Manche Einzelheiten kommen heute noch ans Licht, so über die gezielte jahrelange Quälerei und die offen gewalttätigen Übergriffe auf ausgelieferte Gefangene unter den Bedingungen der Isolation.¹¹

Während die Verantwortlichen damals die staatliche Politik ungeniert mit dem Nimbus des Ausnahmezustandes umgaben, umgeben die Wortführer der aktuelle Kampagne ebendiese Politik des Ausnahmezustandes mit dem Nimbus des Normalen, Rechtmäßigen. Das lässt sich wahrscheinlich nicht oder zumindest nicht ausreichend damit erklären, dass man versucht, Spuren zu verwischen und auch in dieser Hinsicht die politische Seite der Auseinandersetzung auszuradiieren. Vielmehr korrespondiert diese zweite Botschaft der Kampagne mit den aktuellen Bestrebungen – wiederum im Zusammenhang

mit der weiteren Militarisierung der Außenpolitik –, den Ausnahmezustand zu verrechtlichen und zum „ganz normalen“ Mittel des Regierens zu machen.

So flankiert die Kampagne, mit der die herrschenden Eliten des „Deutschen Herbstes“ gedenken, die aktuellen, nach innen und außen aggressiven Bestrebungen.

Christiane Schneider

1 Schon Ende 2004 hatte die Vollzugsplankonferenz der JVA Bruchsal Vollzugslockerungen für Christian Klar zur Durchführung entlassungsvorbereitender Maßnahmen zugestimmt – das Justizministerium Baden-Württemberg verweigerte die Umsetzung. Am 27.2.2007 beschloss eine erneute Vollzugsplankonferenz, dass Christian Klar begleitetete und später unbegleitete Ausgänge unternehmen kann. Später hätte er nach dem Beschluss der Konferenz auch Sonderurlaub erhalten und im Juli 2007 eine Verlegung in den offenen Vollzug mit freiem Beschäftigungsverhältnis erhalten. Die Wochen zuvor gehaltene und auch veröffentlichte Grußadresse an die Rosa-Luxemburg-Konferenz wurde gezielt unmittelbar vor der Vollzugsplankonferenz skandalisiert, die Konferenz entschloss sich in Kenntnis dieser Grußadresse zu den Vollzugslockerungen. Wiederum erteilte das Justizministerium die Zustimmung nicht und beauftragte ein zweites Gutachten, das Ende August vorliegen soll. Erst durch Klage vor dem Landgericht setzte Christian Klar wenigstens begleitete Ausgänge durch. Angesichts der vom ultrakonservativen Lager angefachten Debatte, in der etwa der bayerische Innenminister Beckstein Haft bis zu Tode fordert („Ich halte weder einen Gnadenbeweis für denkbar noch die Strafaussetzung zur Bewährung“) und der baden-württembergische Justizminister Goll nur knapp dahinter zurückbleibt, sind die Aussichten, vor dem Ende der 26-jährigen Mindesthaftzeit Anfang 2009 durch Gnadenantrag freizukommen, stark gesunken. Selbst um die Freilassung 2009 wird gerungen werden müssen.

2 Martin Fochler, Zur Diskussion um die Haftverschonung von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, Politische Berichte 3/07

3 Die französische Kolonialmacht war bereits 1954 entscheidend geschlagen, die USA traten als Schutzmacht in Süd-Vietnam in ihre

Fußstapfen. Mit den so genannten „Tonking-Zwischenfällen“ schuf die Johnson-Regierung den Vorwand zur Ausweitung des Krieges und eine gigantische Militärintervention.

4 Ohne Anspruch auf auch nur halbwegs Vollständigkeit ist erinnern ist etwa an zahlreiche durch die USA unterstützte Putsch und Putschversuche in Lateinamerika in den 60er Jahren, 1971 dann in Chile, an die belgische Intervention 1964 im Kongo, an die US-Intervention in die Dominikanische Republik 1965, an den durch europäische Mächte und die USA unterstützten blutigen Putsch in Indonesien 1965 ...

5 Siehe Ulrich Finckh, Engagement für ein Grundrecht, Eine Rückschau

6 Jede Oppositionsbewegung unterliegt der Gefahr, dass Kritik in Herrschaft umschlägt. Die RAF, die von der ersten bekannten militanten Aktion ihrer Mitbegründer Baader und Ensslin an, der Kaufhausbrandstiftung, mit der sie gegen den Napalm-Einsatz in Vietnam protestierten, nicht nur darauf Bezug nahm, „Teil einer internationalen Bewegung zu sein, es mit demselben Klassenfeind hier zu tun zu haben wie der Vietcong dort, mit demselben Papier, mit demselben Pigs“ (Das Konzept Stadtguerilla), sondern daraus, aus den bewaffneten Befreiungskämpfen und Verteidigungskriegen in der Dritten Welt, Bestätigung für ihr Konzept des bewaffneten Kampfes zog, ignorierte die unterschiedlichen Bedingungen. Sie ignorierte, dass in der BRD eine Notwehrsituation nicht gegeben war, weil die Mittel der Kritik und des zivilen Widerstandes nicht annähernd ausgeschöpft waren, trotz aller Repression. Mit ihrer Begründung des bewaffneten Kampfes („Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln“, ebenda) schnitt sie sich den Weg zu Demokratie ab. Ihre vor allem in den frühen Schriften ausführlich dargelegte Kritik diente unter diesen Bedingungen der Selbstermächtigung.

7 Die USA hatten im Vietnamkrieg 57.000 Gefallene und eine noch viel höhere Zahl an Verwundeten und eine noch viel höhere Zahl an Schwerverwundeten zu verzeichnen. Diese hohe Zahl an Verlusten trug maßgeblich zu bis dahin in diesem Ausmaß nicht gekannten Antikriegs- und anderen Oppositionsbewegungen sowohl in der US-Armee selbst wie in der ganzen Gesellschaft bei.

8 Folgende Anekdote ist aufschlussreich: Als auf Antrag der Bundesanwaltschaft 1995 die Reste der 6. Auflage der 1987 erstmals erschienenen Broschüre BRD – RAF mit Dokumenten der Auseinandersetzung beschlagnahmt wurde, antwortete ein Bundesanwalt einem ob dieses Übergriffs besorgten Bürger, er brauche keine Sorge haben, dass den Herausgebern der Broschüre etwas passiere. Man wolle mit der Beschlagnahme nur verhindern, dass angesichts bevorstehender Entlassungen von RAF-Gefangenen eine Art „Festschrift“ vorliege.

9 Karl-Heinz Dellwo, ehemaliger Gefangener aus der RAF, sagte in der Panorama-Sendung am 26.4.: „Ich kenne definitiv Fälle, wo Leute vollständig unschuldig waren und über lange Zeit für andere im Gefängnis gesessen haben.“ Die Verurteilung von Mitgliedern der RAF ungeachtet des Nachweises ihrer konkreten Tatbeteiligung war im Übrigen ja ein Zwecke von Gesetzesänderungen in den 70er Jahren.

10 Siehe dazu u.a.: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF), 6. Auflage, Köln 1993.

11 Siehe etwa: Karl-Heinz Dellwo, Kein Ankommen, kein Zurück, in: Angelika Holderberg (Hrsg.), Nach dem bewaffneten Kampf, Gießen 2007.

Polarisierung zwischen Mitte und Rechts

Wollte man den Ausgang der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl auf einen Schlüsselbegriff bringen, so würde er lauten: *Le vote utile*. Der Begriff (wörtlich übersetzt „Nützlich stimmen“) beinhaltet im französischen Kontext der letzten fünf Jahre vor allem die Vorstellung, dass man besser nicht so sehr seinen Überzeugungen entsprechend abstimmen soll, da man sonst mit unvorgesesehenen Übeln gestraft werden könne. Eine Vernunfttheorie, im übertragenen Sinne auf einen Kandidaten bezogen, könne deshalb einer politischen Liebesheirat vorzuziehen sein. So hatte bei der letzten Präsidentenwahl vor fünf Jahren die Enthaltung der klassischen Wählerschaft der Linksparteien, die von der Regierungspolitik des sozialdemokratischen Premiers Lionel Jospin zum Teil bitter enttäuscht war, überraschend den Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen zusammen mit Amtsinhaber Jacques Chirac in die Stichwahl befördert. Es war, wie sich jetzt zeigt, ein historischer „Wahlunfall“, der nur deshalb zustande kam, weil niemand mit ihm gerechnet hatte. Entgegen vielen Unkereien und Vorhersagen blieb „der neue Ausrutscher“, die – in Wirklichkeit von vielen erwartete – „völlig unerwartete Überraschung“ in diesem Jahr aus.

Zugleich hat eine starke Konzentration auf die beiden großen politischen Blöcke, also auf einen sozialdemokratischen und einen konservativen Block zuzüglich eines erstarken Zentrums rund um François Bayrou, stattgefunden. Links und Rechts davon stehende Kräfte sehen ihre Stimmenanteile zurückgehen. Dieser politische Konzentrationsprozess geht mit einem starken Anstieg der Wahlbeteiligung einher. Letztere liegt bei 84,6 Prozent (alle Ergebnisse für das europäische Frankreich ohne Überseegebiete) und damit weit höher als bei allen anderen Präsidentschaftswahlen der letzten 30 Jahre.

Spürbar geklettert ist die Teilnahme vor allem in jenen Schichten, die in den letzten Jahrzehnten dem politischen Geschehen, nicht allein in Form von Wahlen, eher fern standen. Also bei den sozial marginalisierten Bewohnern von Trabantenstädten, den abhängig Beschäftigten oder den Armen. Hier hatte man sich seit Jahren nichts von der Politik erhofft, sich nicht angesprochen gefühlt, sich selbst keinerlei Einfluss zugesprochen. Die große Wende kam nach den Unruhen in den französischen Trabantenstädten vom November 2005. Seitdem hat hier ein zuvor ungeahnter politischer Mobilisierungsschub stattgefunden, da vor allem die jüngeren Ge-

nerationen nun mehrheitlich nicht mehr der Auffassung sind, dass all das Politikspektakel sie überhaupt nichts angehe. Die Figur des konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy, der bis zum 26. März dieses Jahres als Innenminister im Amt blieb, personifiziert in ihren Augen in sehr hohem Maße das abweisende, reiche und repressive Frankreich, das man abzustrafen wünscht.

Die Mobilisierung zu den Urnen trägt also in diesem Jahr Züge einer starken Polarisierung, die sich aber in diesem Jahr nicht an kleineren Parteien (links von der Sozialdemokratie oder rechts von den Konservativen) festmacht, sondern sich in einem Votum für die größeren politischen Kräfte selbst ausdrückt. Ein Gutteil der zusätzlich mobilisierten Wähler ging vor allem abstimmen, um Nicolas Sarkozy (und, nebenbei, Jean-Marie Le Pen) zu verhindern. So wie umgekehrt ein Teil der besserverdienenden und/oder innenstädtischen Wähler dezidiert für einen der rechts stehenden Kandidaten votierte, „um uns den Abschaum vom Hals zu halten“, und sich dabei in Sarkozys Ausspruch von 2005 über *La racaille* (den Abschaum, das Gesocks) wiedererkannte. Das Votum ist somit also auch Spiegelbild einer sozial auseinander driftenden Gesellschaft – wobei noch selten ein Vertreter der bürgerlichen Rechten so „komplexfrei“ (*décomplexé*), nach eigener Begrifflichkeit, auftrat wie Nicolas Sarkozy.

Frankreichweit haben sich 1,8 Millionen erwachsene Bürgerinnen und Bürger vor dem Anmeldeschluss, der am 31. Dezember vergangenen Jahres lag, zusätzlich auf den Wählerlisten registrieren lassen. Das entsprach einem Zuwachs in den Wählerverzeichnissen um 4 Prozent. Aber im Département Seine-Saint-Denis oder „93“, dem (am Pro-Kopf-Einkommen gemessen) ärmsten Bezirk der Hauptstadtregion, der die nördlichen und östlichen Pariser Trabantenstädte umfasst, beträgt er doppelt so viel, über 8 Prozent.

Längerfristige Perspektiven

Die französische politische Landschaft nimmt eine Entwicklung, die in groben Zügen mit jener in Italien während der letzten Jahre vergleichbar ist. Dabei schälen sich, längerfristig, zwei große politische Blöcke heraus. Auf der einen

Seite steht ein „Mitte-Links-Pol“, innerhalb dessen klassische Sozial- und Christdemokraten sich derart annähern, dass sie kaum noch voneinander unterscheidbar werden. Den anderen Pol könnte man als erneuerte, „harte Rechte“ bezeichnen.

Die erstere Variante verbindet sich derzeit mit den Namen Ségolène Royal und François Bayrou, die zweite mit dem des mehrjährigen Innenministers Nicolas Sarkozy. In den zwei Wochen zwischen den beiden Durchgängen der französischen Präsidentschaftswahl haben sich die beiden erstgenannten Protagonisten einander spürbar angenähert. Am vergangenen Samstag debattierten Royal und Bayrou, der Wahlverlierer in der ersten Runde, im Fernsehsender BFM TV miteinander und unterstrichen Gemeinsamkeiten, aber auch ein paar inhaltliche Unterschiede – darauf kam es nicht an, vor allem das Symbol zählt. Eine offene Wahlempfeh-



Hohe Wahlbeteiligung in den Trabantenstädten

lung für die Kandidatin Royal sprach der christdemokratische Politiker Bayrou zwar nicht aus, denn das würde seine Partei, die UDF, zur Explosion bringen: Ihre Mitglieder stehen historisch klar eher rechts als links, aber ein bedeutender Teil von Bayrous Wählern bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl kam von der moderaten Linken. Es handelte sich überwiegend um sozialdemokratische Wähler, die taktisch wählten, da sie Royal nicht zutrauten, in der Stichwahl gegen Sarkozy zu siegen – dem Mitte-Rechts-Politiker dagegen schon eher. Diese Wähler umwirbt Royal nun vorrangig, wobei sie sich zu Wochenanfang in *„Le Monde“* aber auch bereit erklärte, Bayrou im Falle eines Wahlsiegs eventuell zu ihrem Premierminister zu machen. Eine ähnliche Annäherung zwischen Royals Parti Socia-

Und die Linke?

Die Linkskräfte außerhalb der Sozialdemokratie wurden durch den massiven Trend zum „Sarkozy-Verhindern“ mittels der Wahl Royals oder Bayrous relativ stark dezimiert. Der Rückgang betrifft sowohl die Regierungspartner der Sozialisten aus der Vergangenheit, die KP (mit 1,9 Prozent für ihre ehemalige Jugend- und Sportministerin und Parteichefin Marie-George Buffet) und die Grünen mit 1,5 Prozent für Ex-Umweltministerin Dominique Voynet, als auch die marxistische radikale Linke. Unter letzterer erlebte die Alt-trotzkistin Arlette Laguiller, mit 1,3 Prozent (gegenüber 5,7 Prozent im Jahr 2002) den stärksten Rückgang. Bei ihrer sechsten und letzten Präsidentschaftskandidatur hat sie den Preis dafür bezahlt, dass ihre Partei Lutte Ouvrière (LO) sich sowohl aus den Mobilisierungen gegen Le Pen zwischen den beiden Wahlgängen 2002, als auch aus dem Abstimmungskampf der Linken gegen den EU-Verfassungsvertrag von 2005 weitgehend herausgehalten hat.

Die radikale, marxistisch geprägte Linke, die in den achtziger und neunziger Jahren bei Wahlen vorwiegend durch Arlette Laguiller vertreten wurde, hat eine Umgruppierung erfahren. Denn mit Olivier Besancenot von der undogmatischen Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), die aus der Revolte des Mai 1968 heraus entstand, hat sich nur ein Kandidat links von Ségolène Royal relativ erfolgreich halten können. Er erhielt mit 4,1 Prozent prozentual fast dasselbe Resultat wie 2002 (4,3 Prozent), aber in absoluten Zahlen rund 300.000 Stimmen mehr: 1,5 gegenüber damals 1,2 Millionen. Dagegen konnte der parteilose Linkspopulist, Globalisierungskritiker und frühere „Bauernrebell“ José Bové offenkundig nicht überzeugen. Nach einem von vielen als orientierungslos und konfus erlebten Wahlkampf erhielt er nur 1,3 Prozent.

Neu ist, dass alle wichtigen Linkskandidaten sehr schnell zur Stimmabgabe im zweiten Wahlgang aufriefen. Ungewohnt ist dies bei Arlette Laguiller, da ihre Partei LO seit 1988 (unter

François Mitterrand) aufgehört hatte, Wahlempfehlungen zugunsten der etablierten Linksparteien für die Stichwahl abzugeben. Die LCR Olivier Besancenots hatte dies hingegen noch bis 2001 regelmäßig getan, war aber dann unter der Jospin-Regierung von dieser Praxis abgerückt. Aber am Wahlabend des 22. April riefen sowohl Arlette Laguiller als auch Olivier Besancenot dazu auf, in der zweiten Runde „gegen Sarkozy“ (Besancenot) bzw. „ohne Illusionen für Royal“ (Laguiller) zu stimmen. Auch Bové, die KP- und die Grünen-Kandidatin riefen zur Stimmabgabe für Royal in der zweiten Runde auf. Im Gegensatz zu Laguiller und Besancenot stünden die letzteren im Prinzip für Gespräche über die Bildung einer neuen Regierung im Falle eines linken Wahlsiegs auch bei den Parlamentswahlen im Juni zur Verfügung. José Bové hat inzwischen eine „Mission“ von Ségolène Royal akzeptiert, und wird für die rechtssozialdemokratische Kandidatin einen Bericht über „Ernährungssouveränität und Globalisierung“ verfassen.

liste (PS) und der UDF hatten im Wahlkampf bereits führende Protagonisten des wirtschaftsliberalen PS-Flügels gefordert, darunter Ex-Premier Michel Rocard, Ex-Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn und der ehrgeizige Streber Bernard Kouchner. Zufällig und nur der Konjunktur der Wahlprognosen geschuldet ist das auf keinen Fall. Rocard hatte von 1988 bis 91 unter Präsident François Mitterrand bereits mit UDF-Ministern regiert, in einem „Kabinett der Öffnung“. Nur hatte das damals noch nicht dieselbe Bedeutung, da der bis dahin bestehende Sozialstaat noch nicht annähernd in vergleichbarem Ausmaß durch neoliberale „Reformen“ aufgebrochen worden war. Die zweite Amtszeit Mitterrands, ab 1988, markierte in dieser Hinsicht sogar eher eine „Reformpause“ nach der rechten Sturm- und Drang-Phase des Kabinetts von Premierminister Chirac in den zwei Jahren zuvor. Heute hingegen besteht ein völlig anderer Kontext.

Auf dem rechten Pol wiederum ist es gelungen, einige ehemalige Neofaschisten ins bürgerliche politische Spiel zu integrieren. Im französischen Falle geht es dabei eher um die Wähler denn um die Kader, im Unterschied zu Italien: Rund 30 Prozent der bisherigen Wähler Jean-Marie Le Pens hat der stramme Kandidat der Konservativen, Nicolas Sarkozy, bereits im ersten Wahlgang direkt für sich gewonnen. In vielen Regionen, wie dem Elsass und der Côte d'Azur, lässt sich der Aufschwung für die Konservativen unmittelbar mit dem Rückgang der Nationalen Front (FN) zahlenmäßig verknüpfen. Auch rechts

versteht man eben mitunter, für das „kleinere Übel“ zu stimmen. Der harte Kern der extremen Rechten möchte dagegen dem Sog hin zu Sarkozy widerstehen: Le Pen selbst rief am 1. Mai zur Wahlenthaltung in der Stichwahl auf. Eine Hintertür für spätere Annäherungen hielt er sich allerdings offen, da er sein Angebot von Anfang April erneuerte, im Falle einer tieferen Krise in ein „Kabinett der nationalen Rettung“ unter konservativer Führung einzutreten. Und zwei Drittel seiner Wähler aus der ersten Runde wollen trotz allem im zweiten Durchgang für Sarkozy votieren.

Die Unterscheidung zwischen den beiden Blöcken markiert dabei vor allem die Geschwindigkeit beim „Umbau des Sozialstaats“, also bei der Abtragung bisheriger gesellschaftlicher Errungenschaften sowie ihrer Anpassung an die Bedürfnisse eines modernisierten und von vielen früheren Fesseln befreiten Kapitalismus. „Links“ – aber dieser Begriff hat in dem Zusammenhang kaum noch einen Sinn – versucht man dabei, noch einiges von den Trümmern des historischen Sozialstaats zu bewahren und dem nationalen Standortstaat seine „Wettbewerbsfähigkeit“ im internationalen Wirtschaftskrieg vor allem durch erhöhte Bildungsausgaben zu garantieren. Letztere bildeten etwa eines der herausragenden und ernsthaftesten Wahlkampfversprechen der Kandidatin Ségolène Royal. Also, kurz und knapp, es geht darum, ins „Humankapital“ zu investieren, soweit die Menschen sich als solches verhalten wollen – wenn nicht, soll aber mit der „sozia-

len Hängematte“ auch rasch Schluss sein, wie Royal mit ihrem Lob der „valeur travail“ (Arbeit als Werthaltung) ebenfalls verdeutlichte. Rechts, und diesen Begriff kann man getrost ohne Anführungszeichen verwenden, rückt man den bestehenden sozialen Garantien schneller und brutaler zu Leibe. Zum Ausgleich gibt es Brot und Spiele. Also konkret: das Versprechen auf Erfüllung von Bestrafungswünschen, und ab und zu spektakuläre Polizeieinsätze, die den zu Mitmachen Bereiten stets aufs Neue vorführen sollen, dass gegen die Anderen – „das Gesindel“, die Bewohner von Sozialghettos und Trabantenstädten – hart vorgegangen wird, damit sie selbst sich „dazugehörig“ fühlen dürfen. Ach ja, das Brot: „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“ verspricht Sarkozy denen, die bereit sind, die Überstunden zu vervielfachen, „früher aufzustehen“ oder am Wochenende zu schuften. Das bedeutet im Klartext: Lohnerhöhungen kommen nicht in die Tüte, aber wer das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit als gegeben hinnimmt und das Rückgrat beugt, für den oder die soll – dank Mehrarbeit – am Ende auch zusätzlich etwas abfallen. Dumm nur, dass das Kapital mit diesem Programm zugleich weniger Arbeitskräfte benötigen wird.

Ausblick und Bewertung

Zwischen den beiden Blöcken gibt es, ja, tatsächlich ein „größeres Übel“. Man darf auf gar keinen Fall darauf hoffen, dass sich im Falle eines Wahlsiegs Ségolène Royals am 6. Mai irgend etwas verbessern würde. Aber man kann getrost

sicher sein, dass sich mit Nicolas Sarkozy als Präsident vieles in einem rasanteren Tempo und auf brutalere Art und Weise verschlechtern würde. Insofern ist zu hoffen, dass die Wähler am 6. Mai eine Richtungsentscheidung treffen zwischen den Trümmern des Sozialstaats und einem Parforceritt in einen autoritaristischen Wirtschaftsliberalismus. Viele ihrer Wähler auch schon im ersten Wahlgang kneifen sich über Ségolène Royal die Nase zu, betonen ihre Inkompetenz, Arroganz und ihre Appelle an reaktionäre „Werte“. Zu Recht. Aber das ist gut und nicht schlecht: Je illusions- und hoffnungsloser sie – so ist zu hoffen – am 6. Mai für Royal votieren, desto weniger lassen sich diese Stimmen als Unterstützung für die nächste Regierung werten. Diese wird, möglicherweise in verlangsamttem Tempo als in den letzten fünf Jahren, ebenfalls an der Verschärfung der kapitalistischen Realitäten arbeiten. Je weniger reale Zustimmung es dafür gibt und je eher die Stimmen für Royal nur ein *vote anti-Sarkozy* darstellen, desto bessere Aussichten bietet das für künftige gesellschaftliche Kämpfe.

Das böte auch neue Perspektiven für die Linke, diesseits der neuen Achse Royal/Bayrou. Diese ist im ersten Wahlgang unter die Räder gekommen, da das stark polarisierende Auftreten Sarkozys sie – im Namen des „kleineren Übels“, das es anders als 2002 dieses Mal unbedingt in die Stichwahl schaffen sollte – in die Arme Royals (und Bayrous) getrieben hatte. Statt 19 Prozent vor fünf Jahren hatten die Bewerber links von der PS-Kandidatin, Grüne eingeschlossen, in diesem Jahr noch 10 Prozent verzeichnet. Aber falls es die Wahlen gewinnt, wird sich das „kleinere Übel“ dann auch konkret an der Regierung beweisen müssen.

Bernhard Schmid, Paris

Eine „unsichtbare Kolonie“ der USA im Pazifik

Guam kämpft gegen noch mehr Militär

Die strategische Verlegung von mehr als 8000 US-Marinesoldaten von Okinawa (Japan) auf die Insel Guam bringt für die dortige indigene Bevölkerung der Chamoru nur Vertreibung und Schikane mit sich. Sie fürchten um den Bestand ihrer Kultur. Mit der Wut der Verzweiflung widersetzen sie sich.

Im Jahre 2005 gab die japanische Regierung bekannt, sie habe sich mit den USA darauf geeinigt, dass einige tausend US-Soldaten von Okinawa abgezogen werden. Wohin, z.B. ob nach Australien oder Taiwan, blieb zunächst völ-

lig offen. Durch den nun bekannt gewordenen militärischen Finanzplan des Pentagon für den pazifischen Raum ist klar: Sie sollen auf die Insel Guam verlegt werden. Der Finanzplan des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums enthält einen Betrag von 345 Mio. US-Dollar für militärische Baumaßnahmen auf Guam allein im Jahr 2008. Die Werft der Flottenbasis soll für 102 Mio. US-Dollar verlängert werden. Der Ausbau des elektrischen Systems der Marinebasis soll 59 Mio. US-Dollar kosten. Für Marinenangehörige werden Wohnungen für 57 Mio. US-Dollar errichtet und Sportanlagen für 45 Mio. US-Dollar. Für die Reparatur und den Ausbau der Kläranlagen stehen 41 Mio. US-Dollar, für ein mobiles Wasserverteilungssystem in der ersten Phase 31 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Die Infrastruktur des Nordwestfeldes der Anderson Luftwaffenbasis wird für 10 Mio. US-Dollar ausgebaut.

Die Verlegung der US-Marines ist Teil der Neuordnung der Allianz zwischen den USA und Japan. Dies wurde von der US-Außenministerin Condoleezza Rice und dem japanischen Außenminister Taro Aso im Mai 2006 bestätigt. Den Erfordernissen dieser neuen Strukturen sollen die US-Basen in Japan und im Pazifik angepasst werden. Dies wird voraussichtlich bis 2012 abgeschlossen sein.

Aus japanischer Sicht geht es darum, dass „sehr wertvolles Land auf Okinawa den Japanern zurückgegeben“ wird. Die Bedrückung, die die japanische Bevölkerung für die jahrzehntelange Stationierung von US-Streikkräften auf Okinawa erfahren hat, fällt weg, weil sie endlich die seit 1945 währende Besatzung los werden. Andererseits: Zu weit von Japan entfernt sollen die US-Truppen aber auch nicht sein. Die Insel Guam mit ihren US-Basen ist gerade noch nahe genug, um Japan z.B. gegen befürchtete Angriffe der Volksrepublik China verteidigen zu können. Der Umzug der amerikanischen Marinesoldaten wird voraussichtlich etwa 10 Mrd. US-Dollar kosten. Japan hat sich verpflichtet, davon 6 Mrd. US-Dollar zu zahlen.

Während die Ankündigung der Truppenverlegung für die Geschäftswelt auf Guam gute Nachrichten sind, nennen die Chamoru diese Milliarden von Dollars den „Preis des Todes ihrer Kultur und Identität“. Die Opposition gegen die Truppenverlegung wird angeführt von der „Guahan Coalition for Peace and Justice“, der „Vereinigung für Frieden und Gerechtigkeit für Guahan“. Sie versucht, die Aufmerksamkeit der Welt auf ihre Notlage zu lenken.

Frau Lisalinda Nativdad von der Gruppe „Guahan Coalition for Peace and Justice“ liefert dafür einige wichtige Argumente: „Ursprünglich war die Zahl der Soldaten, die verlegt werden

sollen, mit 7000 angegeben. Dann 8000. Jetzt möglicherweise mit 16.000. Wenn Angehörige und Hilfspersonal mit eingerechnet werden, kann das die Bevölkerung schnell um 55.000 anwachsen lassen. Ein Bevölkerungszuwachs von mehr als einem Drittel.“

Lisalinda Nativdad und ihre Organisation sind hartnäckige Gegner der Truppenverlegung. Sie schafften es, im Oktober vergangenen Jahres bei den Vereinten Nationen vor dem „United Nations Special Political and Decolonization Committee“ vorstellig zu werden. Sie äußerten dort ihre Befürchtung, dass die US-amerikanischen Pläne den Niedergang ihrer indigenen Kultur bewirken könnten. Ein Schaden, der nie wieder gut gemacht wäre. Damit würden ihre politischen Rechte weiter untergraben werden.

Nach ihrer Rückkehr berichtete die Gruppe, ihre Erklärung habe den Sekretär für Politische Angelegenheiten bei der UNO, Ibrahim Gambari, so beeindruckt, dass es sogar zu einem Treffen mit den Vertretern von „Guahan Coalition for Peace and Justice“ kam. In dem Gespräch habe Gambari erklärt, er sei vom Recht auf Selbstbestimmung der Chamoru überzeugt. Eine Resolution in diesem Sinne werde aber in der UNO niemals beschlossen werden. Die USA würden dagegen sofort ihr Veto einlegen. Gambari sprach aber die Empfehlung aus, dass ein Vertreter der UNO die Insel Guam besuchen solle. Der würde dann offiziell über die Situation des Landes berichten, um so das Land „aus dem Status einer unsichtbaren Kolonie“ zu bringen.

Für das Volk der Chamoru und seine sozialen Strukturen, so Frau Lisalinda Nativdad, bringe die Truppenverlegung eine Unmenge von Problemen. Sie argumentiert: „Der Verkehr wird zunehmen, die Infrastruktur der öffentlichen Versorgungsbetriebe ist jetzt schon überstrapaziert. Der Zuzug des Militärpersonals wird die Preise für Grund und Boden und somit die Mieten steigen lassen, wodurch die indigene Bevölkerung von Land und Eigentum im eigenen Heimatland verdrängt wird.“

Die Chamoru fürchten die Folgen großer Umweltschäden. Frau Lisalinda Nativdad wirft der US-Regierung vor, dass sie die Sorgen der Bevölkerung über die Umweltgifte ignoriert. In den Häfen von Guam wird PCB, Agent Orange und Purple, alles „Entlaubungsgifte“ aus dem Vietnamkrieg, gefunden. Überall auf der Insel gibt es illegale Müllkippen der Militärs. Immer noch ist die Insel radioaktiver Strahlung ausgesetzt, die von Schiffen stammt, die 1970 in Häfen von Guam gesunken sind. Aber ebenso bringen immer wieder Winde atomare Strahlung nach Guam, die von den Atombombentests in Mikronesien in den Jahren seit 1950 stammen. Diese schlimme Umweltverschmutzung hat

eine wesentlich höhere Krebsrate, verglichen mit den USA, unter den Chomoru zur Folge.

Und Frieden und Sicherheit garantiert die Anwesenheit der US-Truppen auch nicht. Im Rahmen der Strategie des US-Militärs ist die Insel Guam als „Ort des ersten Schlages“ definiert. Daher, so die Vertreterin von „Guaahan Coalition for Peace and Justice“, ist Guam durch die US-Militärpräsenz ebenso gefährdet wie im Zweiten Weltkrieg. Damals wurde Guam einen Tag nach Pearl Harbor überfallen. Die USA hatten Guam innerhalb von nur zwei Tagen kampflos aufgegeben. Viele Chomoru starben unter den Bomben der Japaner; aber ebenso viele, als in der Schlacht um Guam die Insel durch die US-Truppen zurückerobert wurde.

Dennoch: Die örtliche Regierung auf Guam glaubt, die Verlegung der US-Marines samt ihrem Anhang sei ein „ökonomisches Wundermittel“, wodurch die örtliche Wirtschaft wiederbelebt werden könne. Aber, so Frau Lisalinda Na-

tividad, „echte Wissenschaftler wissen, dass Militarisierung nicht zur ökonomischen Stabilität führt“. Die Vertreterin der Chamoru wundert sich nicht, dass bislang keine Untersuchung zu den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Anwesenheit von Militär auf Guam gemacht worden ist. Ist doch die US-amerikanische Besatzung auf Okinawa abschreckendes Beispiel genug: Kriminalität, Vergewaltigungen und Belästigung der Bevölkerung durch US-Militärangehörige sind dort an der Tagesordnung.

Frau Lisalinda Natividad kündigte an, ihre Gruppe werde die Kampagne gegen die US-Militärpräsenz und die Verlegung von Soldaten nach Guam solange weiterführen, bis sie Gehör finden. Ihren Kampf müssen sie unter ihren besonderen, komplizierten Bedingungen führen. Guam ist „nicht-inkorporiertes US-Territorium“. Dadurch hat die Bevölkerung zwar die US-Bürgerschaft, sie sind aber Bürger ohne Stimmrecht. Sie haben nicht das Recht, die von der

US-Bundesregierung vorgegebene Politik vor Ort mitzubestimmen. Selbst der Abgeordnete von Guam hat im Kongress kein Stimmrecht. Er kann in Washington nur Lobbyarbeit machen.

Zur Zeit sammelt die Gruppe „Guaahan Coalition for Peace and Justice“ Unterschriften für eine Petition an die UNO und den US-Präsidenten gegen die Truppen-Verlegung. Sie haben einen Aufkleber entwickelt mit dem Text: „8000? Wie wird das unser Leben verändern?“ um die Diskussion zu entfachen. „Am wichtigsten aber ist“, sagt Lisalinda Natividad, „wir provozieren die Menschen mit der kritischen Frage: Wenn die Anwesenheit von US-Marines eine solche gute Sache für Guam ist, warum ist dann Japan bereit, sechs Milliarden US-Dollar dafür zu zahlen, um sie los zu werden?“

Karl-Helmut Lechner

Quelle:

Islands Business, March 2000

Die Petition der Chamoru: <http://www.petitiononline.com/haleta/petition.html>



Guam von den Japanern erobert und blieb bis zum Juli 1944 unter deren Kontrolle. Am 21. Juli 1944 begann die Schlacht um Guam mit der Landung US-amerikanischer Truppen und endete am 10. August mit dem Sieg der US-Amerikaner. Die Niederlage der japanischen Armee durch die Rückeroberung von Guam durch die US-Truppen war für Japan ein mit Stalingrad vergleichbarer Wendepunkt im pazifischen Krieg, der seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg einleitete.

1949 unterschrieb US-Präsident Harry S. Truman den Organic Act, ein Gesetz, das Guam zu einem externen Territorium der USA mit sogenannter „innerer Autonomie“ machte. Praktisch heißt das: Die Inselbewohner leben auf US-amerikanischem Boden („U.S. Territory of Guam“), sie haben aber kein Stimmrecht in Bundesangelegenheiten.

Zur Zeit leben auf Guam ungefähr 154.800 Menschen, davon etwa 37% indigene Bevölkerung. Sie nennen sich Chamoru. In dem Namen steckt das Wort Moro; im Deutschen kennen wir das Wort „Mohr“: Bereits die Spanier bezeichneten sie so wegen ihrer schwarzen Haut. Die Sprache der Chamoru ist ein kreolischer Mix aus Spanisch, Mikronesisch und asiatischen Elementen. Ihr Land, ihre Insel nennen sie Guåhån.

Ein Blick auf die Karte kann die außerordentliche militärstrategische Bedeutung der Insel Guam inmitten des riesigen Pazifischen Raumes klar machen.

Guam gehört geographisch zu der Inselregion Mikronesien und liegt ungefähr 5.300 km westlich von Hawaii, 2.400 km östlich der Philippinen und 2.500 km südlich von Japan. Es ist die ideale Drehscheibe für die USA, um mit Marine und Luftwaffe den asiatisch-pazifischen Raum zu beherrschen. Guam ist ungefähr 48 km lang und 14,5 km breit, seine Hauptstadt heißt Hagåtña.

Seit dem Sieg der USA über Spanien im Jahre 1899 steht die Insel Guam un-

ter US-amerikanischer Verwaltung. Den ersten europäischen Kontakt mit ihr hatte der portugiesische Seefahrer Magellan, der für die spanische Krone diese Region der Welt erkundete. Deshalb beanspruchte seit 1565 Spanien die Insel für sich. Ab 1668 missionierten dort Jesuiten und versuchten die Bevölkerung für den katholischen Glauben zu gewinnen. Sie änderten den Namen in Marianen, nach Marianne von Österreich, der Witwe von Spaniens König Phillip IV. Guam wurde damals für die spanische Flotte der Umschlagplatz zwischen den Philippinen und Mexiko.

Am 8. Dezember 1941, einen Tag nach dem Angriff auf Pearl Harbor, wurde

HAMBURG. Unter dem Motto „Hand in Hand für Bildung – Menschenrechte jetzt anpacken!“ startet die Globale Bildungskampagne ihre weltweiten Aktionswochen. Bis Ende Mai schließen sich in Deutschland wie auch in 120 anderen Ländern Millionen Menschen Hand in Hand zusammen, um auf das Recht auf Bildung aufmerksam zu machen. Politische Entscheidungsträger sollen so an ihr Versprechen aus dem Jahr 2000 erinnert werden, allen Mädchen und Jungen weltweit eine kostenlose und gute Grundbildung bis zum Jahr 2015 zu ermöglichen. Rund um den Globus werden Unterstützer der Kampagne, darunter viele Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, Figurenketten basteln oder Menschenketten vor symbolträchtigen Orten



formen. Dadurch

in den Entwicklungsländern sind gestiegen. Aber es muss viel mehr getan werden.

sollen die fast 80 Millionen Kinder weltweit dargestellt werden, die noch immer keine Chance auf eine Schulbildung haben. Im Internet ruft die Bildungskampagne zur Teilnahme an der weltweit längsten virtuellen Kette für Bildung auf. Schon jetzt haben sich über 40.000 Menschen angeschlossen! Dass etwas erreicht werden kann, zeigen die Zahlen aktueller Studien ganz deutlich: Seit dem Jahr 2000 ist die Anzahl der Kinder, die keine Schulbildung erhalten haben, von mehr als 100 Millionen auf unter 80 Millionen gesunken. Immer mehr Mädchen besuchen die Schule und die Ausgaben für Bildung

www.bildungskampagne.org

Wertgutscheinsystem abgeschaffen

GÖTTINGEN. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Landkreises Göttingen hat sich in seiner Sitzung am 25.4.2007 mehrheitlich (6:4) für die Abschaffung des Wertgutscheinsystems für Flüchtlinge zu Gunsten zukünftiger Bargeldauszahlung ausgesprochen. Der Kreistag wird sich dieser Entscheidung voraussichtlich in seiner nächsten Sitzung am 9.5.2007 anschließen. Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Der Kreistag [lehnt] das Gutscheinsystem für Flüchtlinge ab“ und „fordert die Verwaltung auf, den Vertrag zur Abrechnung von Sodexo Pass Wertgutscheinen zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Ziel einer künftigen Barauszahlung zu kündigen.“ Zur Begründung heißt es unter anderem, die Gutscheinregelung sei „diskriminierend“ und bedeute für die Betroffenen „Bevormundung, Demütigung und Stigmatisierung“.

www.bargeldstattgutscheine.de.tf

IPPNW-Veranstaltungsreihe zum Uranbergbau bei Bundesgartenschau

GERA. Wie hoch ist heute noch das Risiko für ehemalige Wismut-Bergarbeiter an Krebs zu erkranken? Wird eine Beseitigung aller Schäden und Giftstoffe aus jahrzehntelangem Uranbergbau möglich sein?

Die Regionalgruppe Jena-Gera-Rudolstadt der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) begleitet die Bundesgartenschau 2007 in Thüringen mit einer Veranstaltungsreihe, die den früheren Uranbergbau in der Region aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Das Themenspektrum reicht dabei von den damaligen Arbeitsbedingungen der Bergbaukumpel über die politische Bedeutung des geförderten Uranerzes bis hin zur Umweltzerstörung durch die SDAG Wismut.

Infos unter www.uranrisiko.de

Rundreise von ugandischen BlumenarbeiterInnen

KÖLN. Vom 8. bis 31. Mai lädt FIAN Deutschland e.V. Stephen Baraza, den Generalsekretär der neu gegründeten ugandischen Gewerkschaft der BlumenarbeiterInnen Uganda Horticultural and Allied Workers' Union (UHA-WU), und Flavia Amoding, Referentin der Nichtregierungsorganisation Uganda Workers' Education Association (UWEA) nach Deutschland ein. Seit 1993 exportieren rund 20 ugandische Blumenfarmen vor allem Rosen nach Europa. Auf 200 Hektar produzieren 6000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Gewächshäusern rund 7.000 Tonnen Blumen jährlich. Der junge Sektor gehört inzwischen zu den am schnellsten wachsenden Industriezweigen des Landes. Den Erfolgsmeldungen stehen jedoch die Berichte der Arbeiterinnen und Arbeiter über die schlechten Arbeitsbedingungen auf den Farmen entgegen.

Demonstrationen am 26. Mai:

G8-Bildungspolitik in die Zange nehmen!

BERLIN. Am 26. Mai 2007 finden in Berlin und Hamburg zwei Großdemonstrationen gegen die G8-Bildungspolitik statt. In den Aufrufen heißt es: „Wir stellen uns gegen die von der G8 propagierten und durch internationale Handelsabkommen in Umsetzung befindliche Bildungspolitik. Im Rahmen der internationalen Mobilisierungen erklären wir den 26. Mai 2007 zum Aktionstag für freie Bildung und veranstalten in Berlin und Hamburg zwei Großdemonstrationen, um so die G8 symbolisch in die Zange zu nehmen. Darüber hinaus rufen wir dazu auf, sich an den Gipfelprotesten im Juni zu beteiligen ... Für selbstbestimmte und gebührenfreie Bildung für Alle von Anfang an. Das heißt:

- Für die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen.
- Für die Verwirklichung des Rechts auf Ausbildung für alle Jugendlichen sowie die Schaffung der erforderlichen Ausbildungsplätze.
- Gegen eine bildungspolitische Diskriminierung von MigrantInnen und sozial Benachteiligten.
- Gegen strukturelle Selektionsmechanismen in der Schule – für eine gemeinsame Schulbildung für Alle.
- Für eine Öffnung der Hochschulen für alle Menschen, die studieren wollen.
- Gegen Zulassungswillkür im Sinne eines marktorientierten Studienplatzangebotes, den Aufbau von Studienbarrieren durch willkürliche Auswahlmechanismen sowie die quotenorientierte Beschränkung für den Zugang zum Master.
- Für die Schaffung und Einhaltung tarifpolitischer Mindeststandards im Bildungsbereich.

- Gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unter anderem an Bildungseinrichtungen.
- Gegen jegliche Art von Studiengebühren.
- Für eine elternunabhängige, finanziell ausreichende (Aus)bildungsförderung in allen Bereichen.
- Für grundsätzlich kostenfreie Kitaplätze.
- Für eine kostenfreie und jedem zugängliche sowie geförderte Fort- und Weiterbildung.
- Für Lehrmittelfreiheit in allen Bildungsbereichen.“

UnterzeichnerInnen sind neben örtlichen und regionalen Gruppen u.a. das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit.

pm-Bündnis, www.freie-bildung-berlin.de

BERLIN. Die deutsche Hauptstadt erlebte am 24.4.2007 erneut eine überraschend große Schülerdemo. Mehr als 5.000 Jugendliche (die Polizei sprach von 1.600) demonstrierten durch die Innenstadt, um das Recht auf Bildung und Ausbildung zu fordern. Im Anschluss spielten der Rapper Prinz Pi und die Skaband Gingsengbons vor dem Roten Rathaus. „Es ist super, dass trotz der kurzen Mobilisierungszeit so viele Schüler gekommen sind“, sagte Raphael (17) von der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!“, die zum Schulstreik aufgerufen hatte. Schon im September hatten ca. 10 000 SchülerInnen ähnliche Aktionen für mehr Ausbildungsplätze, Lernmittelfreiheit, Verzicht auf Studiengebühren und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems durchgeführt. <http://schulaction.de/>



„Die Hauptprobleme sind die geringen Löhne, die unbezahlten Überstunden, die fehlende Arbeitsplatzsicherheit, die mangelnde Schutzkleidung gegen die hochgiftigen Pestizide und vor allem die Unwissenheit der Beschäftigten über Im Dezember 2006 haben rund 500 Blumenarbeiterinnen und -arbeiter diese Zustände nicht länger über sich ergehen lassen und ihre eigene Gewerkschaft gegründet.

Termine: **8.5. Köln**, DGB-Haus, 19 Uhr • **21.5. Duisburg**, InWent, Am Buchenbaum 37, 17 Uhr • **9.5. Trostberg**, Kath. Pfarrsaal, 20 Uhr • **22.5. Aschaffenburg**, Nord- Süd- Forum • **11.5. Wien**, Café Prückl, 10 Uhr • **23.5. Frankfurt a.M.**, Haus am Dom, 19.30 Uhr • **13.5. Gera/Ronneburg**, BUGA, 15 Uhr • **25.5. Hamburg**, Hansaplatz, 19 Uhr • **15.5. Bingen**, Kloster Jakobsberg, 19.30 Uhr • **19.5. Dortmund**, Platz von Netanya, 11 Uhr • **29.5. Münster**, ESG, Breul 43, 20 Uhr.

www.fian.de

Protestaktionen bei Bayer-Hauptversammlung

KÖLN. Zahlreiche Gruppen und Aktivisten beteiligten sich an den Protesten zur Bayer-Hauptversammlung am 27. April in Köln. Klaus Klinger, Schüler von Top-Künstler Gerhard Richter, hatte eigens eine vier Meter große Skulptur gestaltet. Die Arbeit des weltweit mit großformatigen Arbeiten gegen Ausbeutung und Krieg aktiven Künstlers war Teil des Protests gegen die geplante Verbrennung von Giftmüll in Anlagen des Bayer-Konzerns. Bayer steht seit Monaten in der Kritik, da in Anlagen des Konzerns entgegen früherer Zusagen Giftmüll aus aller Welt verbrannt wird. Aktuell will Bayer rund 5.000 Tonnen krebserregendes Hexachlorbenzol aus Australien importieren. Gemeinsam mit dem Eine Welt Netz NRW hat die Coordination gegen Bayer-Gefahren mehr

als 2.800 Unterschriften für einen Offenen Brief gesammelt, der in der Versammlung dem Bayer-Vorstand übergeben wurde. Hierin fordern die Verbände den Konzern auf, das Versprechen aus dem Jahr 1995 umzusetzen, alle Pestizide der Gefahrenklasse I vom Markt zu nehmen. Bayer hat die Ankündigung bis heute nicht eingehalten. Jahr für Jahr werden in Ländern des Südens Tausende Landarbeiter durch hochtoxische Bayer-Pestizide vergiftet.

www.cbgnetwork.org

Kampagne fordert soziale Kriterien bei Sportkleidungskauf

WUPPERTAL. Der Deutsche Fußballbund verhandelt zur Zeit mit Sportausrüstern über die zukünftige Ausrüstung der Nationalmannschaft. Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ hat gemeinsam mit VAMOS dazu einen offenen Brief an den DFB geschickt hat. Darin heißt es u.a.: „In diesem Rahmen möchten wir den Appell an Sie richten, die Entscheidung für oder gegen einen Ausstatter auch an sozialen Kriterien zu orientieren, die in Verbindung mit der Produktion der Sportbekleidung bzw. – artikel in den Herkunftsländern stehen. So sind in China, Mittelamerika und Osteuropa Millionen Frauen in der Bekleidungsproduktion in sog. Weltmarktfabriken beschäftigt: Sie arbeiten für einen Hungerlohn, sind häufig Repressalien unterworfen und haben nur ganz selten die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die großen Markenhersteller sind sich des Themas durchaus bewusst. Heutzutage gibt es kaum mehr eine Weltmarktfirma, die sich keine Abteilung für „nachhaltiges Wirtschaften“ leistet. Doch über Selbstverpflichtungserklärungen hinaus, ist leider bis heute wenig passiert. Unsere direkten Kontakte mit Menschenrechts- und anderen Nichtregierungsorganisationen in der „Dritten Welt“ belegen ganz deutlich, dass sich trotz

solcher Willenserklärungen die Situation von Näherinnen in Weltmarktfabriken keineswegs verbessert hat. Die jetzt anstehende Entscheidung des DFB sehen wir als große Chance, die Firmen, die sich um den Ausrüstervertrag bewerben, in einen Kommunikationsprozess einzubinden – zum Wohle der betroffenen Menschen in Osteuropa, Asien und Lateinamerika. Unserer Ansicht nach ist hierbei die Meinung der Menschen und Organisationen, die die Ware erstehen – so wie jetzt der DFB – entscheidend, um gegenüber den Markenunternehmen ein Klima zu erzeugen, in dem Menschen- und Arbeitsrechte innerhalb der Produktionskette ins Zentrum der Wahrnehmung rücken. Wir sind der Meinung und arbeiten intensiv daran, dass „ethisches Konsumieren“ in Zukunft eine gravierende Rolle für Verbraucherentscheidungen spielen wird. Der DFB hat schon jetzt die Möglichkeit, solche Kriterien in seinen Entscheidungsprozess zu integrieren und damit sein soziales Engagement unter Beweis zu stellen.“

www.saubere-kleidung.de

Haltung der Bundesregierung zur Streumunition ist unzureichend!

BERLIN. Die im Aktionsbündnis Landmine.de zusammengeschlossenen Hilfsorganisationen zeigen sich enttäuscht vom Ausgang eines Expertentreffens zu aktuellen Fragen des humanitären Völkerrechts, das vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Montreux (18.-20.04.2007) veranstaltet wurde. Das Aktionsbündnis lehnt den von der Bundesregierung auf dem Treffen vorgelegten „Dreistufenplan zum weltweiten Verzicht auf gefährliche Streumunition“ als völlig unzureichend und unglaubwürdig ab. Der deutsche Plan richtet sich an die Vertragsstaaten der VN-Waffenkonvention, wo seit fünf Jahren erfolglos über Streumunition diskutiert wird. Zugleich untergräbt die Bundesregierung damit die kürzlich gestartete Initiative Norwegens für ein umfassendes Verbot von Streumunition. Der Dreistufenplan sieht lediglich den Verzicht auf „gefährliche Streumunition“ vor, hält aber an sog. ungefährlicher Streumunition fest und fordert eine Aufrüstungsinitiative in Bezug auf sog. alternative (High-Tech-)Streumunition. Das Aktionsbündnis weist darauf hin, dass die von Streumunition ausgehende Gefahr nicht nur durch Blindgänger erzeugt wird, sondern auch durch die direkte, wahllose und damit völkerrechtswidrige Einsatzmethode der Waffe. Eine Salve des MLRS Raketen-Werfers (Multiple Launch Rocket System) verstreut beispielsweise nahezu 8.000 Streumunitionen über ein Areal von bis zu einem Quadratkilometer. Das entspricht einer Fläche von 200 Fußballfeldern.

www.landmine.de

Bayern startet Abschiebungen in den Nordirak

Als „fatales Signal zur Unzeit“ kritisiert der Bayerische Flüchtlingsrat e.V. die Ankündigung Bayerns, mit Abschiebungen in den Nordirak zu beginnen. Während UNHCR und die EU-Länder auf internationalen Konferenzen in Genf und Luxemburg um humanitäre Regelungen für die circa 4 Millionen Irak-Flüchtlinge ringen, destabilisiert der bayerische Innenminister Beckstein die Lage weiter.

In einem Schreiben vom 17.4.07 fordert das Bayerische Innenministerium die Ausländerbehörden auf, Listen über Rückkehrkandidaten aus dem Nordirak zu erstellen. Erfasst werden sollen alle Straftäter und „Gefährder“. Als Straftäter werden Personen definiert, die zu einer höheren Geldstrafe als 50 Tagesstrafen verurteilt sind. Davon betroffen sind viele Iraker, die entgegen der Bestimmungen des Wirtschaftsembargos Geld an ihre Familien geschickt haben. Betroffen sind alle Personen, die in den

autonomen Kurdengebieten und der Region Kirkuk, die von Bayern in Vorwegnahme der noch nicht getroffenen Regelung den Autonomiegebieten zugeschlagen wird, geboren sind. Auf die ethnische Zugehörigkeit oder sonstige Kriterien soll es nicht ankommen.

Demgegenüber hatte das Bundesinnenministerium gestern betont, eine Rückführung in die „Autonomieregion Kurdistan-Irak (Provinzen Suleymania, Erbil, Dohuk)“ finde nur statt, „wenn die betreffenden Personen aus dieser Region stammen und dort in familiäre oder andere soziale Strukturen zurückkehren, die eine Wiedereingliederung der Rückkehrer in den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt sowie andere grundlegende Versorgungsdienste gewährleisten und deren Schutz übernehmen können“. Hintergrund dieser sachgerechten Differenzierung ist die Einschätzung, dass für arabische Volkszugehörige im Nordirak, die nicht über

eine familiäre Anbindung verfügen, eine menschenwürdige Existenz nicht gesichert ist und eine Rückführung dieses Personenkreises vorhandene Spannungen verschärfen würde.

Besonders angespannt ist die Lage in der Region Kirkuk. Das Auswärtige Amt warnt im Lagebericht vom 11.1.07 vor einem „Ausbruch eines ethnischen Konflikts zwischen Arabern und Kurden“. Dieser sei zwar bis heute nicht offen ausgebrochen, doch komme es immer wieder zu Anschlägen in der Stadt. So starben nach Angaben von Iraq Today von Samstag mit Mittwoch allein in Kirkuk mindestens elf Menschen bei Anschlägen und offenen Schießereien. Kurdische Gruppen versuchen gegen die frühere Arabisierungspolitik in Kirkuk unter Saddam Hussein, die arabische Bevölkerung zur Rückkehr in die ehemaligen Siedlungsgebiete zu bewegen und gezielt Kurden in Kirkuk anzusiedeln.

Angelika Lex, für den Vorstand der Deutsch Kurdischen Gesellschaft e.V.:

Humanitärer Gau: Bayern beginnt mit Abschiebungen ins Kriegsgebiet Irak

20.4.07. Während der laufenden Konferenz des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), mit 450 Ministern und Delegierten aus 60 Ländern, in der Gelder für die Flüchtlingshilfe gesammelt werden, und im Irak eine der größten humanitären Krisen auf der Welt diskutiert wird, wo festgestellt wird, dass 4 Millionen Iraker auf der Flucht sind, jeden Monat 50.000 neue Flüchtlinge hinzu kommen, weist das Bayerische Innenministerium mit Schreiben vom 17.4.2007 die Ausländerbehörden an, Listen von Flüchtlingen zu erstellen, die in den Nordirak abgeschoben werden sollen.

Nach einem Schreiben des Bundesinnenministeriums vom 13.3.2007 können nun Personen aus den autonomen Kurdengebieten, die straffällig geworden sind, sowie Personen, die als Sicherheitsgefährder eingestuft werden, in den Nordirak abgeschoben werden.

Dies konterkariert die Bemühungen der Flüchtlingshilfe von UNHCR und ist an Zynismus nicht zu überbieten.

Die katastrophale Situation im Irak ist jeden Tag den Medien zu entnehmen, obwohl nur ein Bruchteil der Katastrophe jemals die westlichen Medien erreicht. Allein in Bagdad sterben jeden Tag mehr als 100 Personen: Polizisten, Soldaten Männer, Frauen und Kinder. Täglich kommt es zu Morden, Entführungen, Lösegelderpressungen, Bombenanschlägen und Vergewaltigungen. Dies passiert in allen Landesteilen, wenn auch in unterschiedlicher Inten-

sität. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht, vielmehr verschlechtert sich die Sicherheitslage fast täglich. Es werden immer größere Katastrophen gemeldet.

Auch der Nordirak ist von diesen Übergriffen nicht verschont. Auch dort finden Anschläge, Übergriffe und Morde statt, die Versorgungslage ist vor allem für Flüchtlinge und Rückkehrer katastrophal. Es gibt weder ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln, noch mit Medikamenten, sauberem Wasser und Elektrizität.

Vor allem wird die Stadt Kirkuk in die Regelung mit einbezogen, die bislang nicht zu den autonomen Kurdenprovinzen gehört. Wegen der dortigen Ölvorkommen ist Kirkuk stark umkämpft, Schwierigkeiten ergeben sich auch aus den unterschiedlichen Interessen der

dort lebenden Kurden, Arabern und Turkmenen. Auch in Kirkuk finden nahezu täglich Anschläge statt.

Dies alles spielt jedoch für das Bayerische Innenministerium offensichtlich keine Rolle. Es wird lediglich darauf abgestellt, ob der Geburtsort in diesen Provinzen liegt, nicht aber ob die Personen auch tatsächlich dort noch Kontakte haben und bei einer Rückkehr in einem Familienverband aufgenommen werden könnten. Ohne diesen wäre unabhängig von der Sicherheitslage bereits die Sicherung des Existenzminimums nicht gegeben. Wegen der Arbeitslosenquote von 80 % ist es für einen Rückkehrer unmöglich, seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Es wird auch nicht hinterfragt, ob es sich bei den Personen um Angehörige religiöser Minderheiten handelt, die ei-



Bild:
<http://carava.net/>.
Eindrücke von der Demonstration irakischer Flüchtlinge am 31. März.

Die Texte aus München wurden den Münchner Lokalberichten Nr. 9/2007 entnommen

„Die undifferenzierte Rückführungs- politik Bayerns gießt Öl in diesen Kon- flikt“, so der stellvertretende Vorsitzen- de des Bayerischen Flüchtlingsrats, Hu- bert Heinhold. Der Bayerische Flücht- lingsrat fordert das Bayerische Innen- ministerium auf, Flüchtlinge keinen un- kalkulierbaren Risiken auszusetzen und Abschiebungen in den Irak zu unterlassen. „Eine solche kurzsichtige Politik torpediert die internationalen Bemühungen um Stabilisierung, schadet dem internationalen Ansehen Deutschlands und ist inhuman“.

Rückfragen und Interviewwünsche an:
RA Hubert Heinhold | Stellvertr. Vorsitzender
des Bayerischen Flüchtlingsrats | Tel: 089-
5427500
Alexander Thal | Sprecher des Bayerischen
Flüchtlingsrats | Tel: 089-762234,

Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburg Str.
13, 80337 München,
tel 089 76 22 34, fax 089 76 22 36
www.fluechtlingsrat-bayern.de
www.hinterland-magazin.de

Bank für Sozialwirtschaft
Blz: 700 205 00, Kto.Nr. 88 326 02

ner besonderen Gefährdung unterlie- gen.

Um eine breiten Widerstand gegen die humanitäre Katastrophenentscheidung zu verhindern, wird zunächst die Ab- schiebung nur für Straftäter durchge- führt. Es sind jedoch alle Personen be- troffen, die zu mehr als 50 Tagessätzen verurteilt worden sind. Dabei handelt es sich um eine äußerst niedrige Grenze. Betroffen sind z.B. Flüchtlinge, die ih- ren Familien finanzielle Hilfe geleistet haben, da sie hierdurch gegen das gegen den Irak verhängte Embargo verstoßen haben, und nun wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftshandelsgesetz zu hohen Strafen, die regelmäßig über der Grenze von 50 Tagessätzen liegen, ver- urteilt wurden und auch andere Delik- te der Bagatellkriminalität wie z.B. Schwarzfahren oder Ladendiebstahl.

Es gibt keine Unterscheidung, wie z.B. bei der Bleiberechtsregelung zwischen Delikten, die nur Ausländer begehen können und anderen Delikten.

Diese Regelung ist jedoch nur der Ein- stieg in eine Abschiebungspolitik, die auch andere Iraker treffen wird. Ge- plant ist auch die Abschiebung aller Personen, die nur noch im Besitz einer Duldung sind, ohne Rücksicht darauf, dass die Situation im Irak eine humani- täre Katastrophe ist und auch in abseh- barer Zeit mit keinerlei Verbesserungen zu rechnen ist.

Deutsch Kurdische Gesellschaft e.V., c/o RAinnen
Angelika Lex und Juliane Scheer, Landwehrstra-
ße 55, 80336 München. Tel 089-54404434, Fax 089-
54404436

Die United Nations Assistance Mis- sion for Iraq (UNAM) übt in ihrem 10. Bericht über die Lage der Menschen- rechte scharfe Kritik. Die „Erfolgs- meldungen“ der Besatzungsmacht und der irakischen Regierung, die Of- fensive in Bagdad habe die Sicherheit verbessert und die Stabilität erhöht, kann die UN-Organisation nicht be- stätigen. Auch seit Beginn der Offen- sive seien zahllose Menschen getötet worden, nach einem Rückgang im Fe- bruar sind in Bagdad die Zahlen der Getöteten im März wieder in die Höhe geschneit. Auch die Zahl der Entfüh- rungen ist hoch geblieben, die ethni- schen Säuberungen der Wohnviertel dauern an. Die Gewalt hat zu einem gewaltigen Flüchtlingsproblem ge- führt. Insgesamt sind vier Millionen aus ihren Wohnorten geflohen (davon zwei Millionen in die Nachbarländer), 200.000 allein seit Dezember 2006. U.a. haben 12.000 Ärzte das Land ver- lassen, 2.000 wurden getötet, so dass die Versorgung der Kranken und Ver- wundenen zunehmend prekär wird. Die humanitäre Situation verschlech- tert sich im ganzen Land rasant. Acht Millionen Menschen sind gefährdet

und auf Hilfe angewiesen, vier Milli- onen auf Versorgung mit Lebens- mitteln. Nur 32% der Bevölkerung hat Zugang zu Trinkwasser. 60% sind arbeitslos, 54% müssen von weniger als einem Dollar am Tag leben.

Die UN-Organisation kritisiert ins- besondere die Lage der Menschen- rechte. Die Meinungsfreiheit wird im- mer weiter eingeschränkt. Angriffe auf Lehrer und Professoren, Schulen und Universitäten gefährden die Aus- bildung. Journalisten werden auch von den Sicherheitskräften angegrif- fen oder willkürlich festgenommen. Auch die Gewalt gegen Frauen nehme zu. Dem Bericht zufolge wurden allein in Bagdad im 1. Quartal 3000 Men- schen festgenommen und eingesperrt, ohne dass ihre grundlegenden Rechte beachtet wurden. Insgesamt befinden sich im ganzen Irak 20.000 Menschen in irakischen und weitere 18.000 in US-Gefängnissen, meist ohne Ankla- ge und Prozesse. Die UN-Organisa- tion kritisiert insbesondere die unbe- grenzte Haft in den Gefängnissen der Besatzungstruppen. SCC

www.telepolis.de, Florian Rötzer, Irak: Zu- sammenbruch von Recht und Ordnung)

Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste :

Grüne fordern weiterhin Abschiebeschutz

Mit Weisung vom 17.4.07 will das Bayerische Innenministerium erstmals seit 1988 wieder Flüchtlinge aus dem Nordirak abschieben. Deshalb wurden alle Ausländerbehörden an- gewiesen, Listen von abschiebefähigen Flüchtlingen aus dem Nordirak zu erstellen.

Als abschiebefähig werden Flüchtlinge angesehen, die während ihres Aufent- haltes zu einem Strafmaß von mehr als 50 Tagessätzen verurteilt wurden. Mit einem Antrag zur dringlichen Behand- lung im nächsten Plenum wollen die Grünen eine eindeutige Positionierung des Stadtrates erreichen. Abschiebun- gen in den Irak – in welchen Landesteil auch immer – darf es nicht geben. Die- se Position soll der Oberbürgermeister gegenüber der Bayerischen Staatsregie- rung vertreten und auch in die Gremien des Bayerischen und Deutschen Städte- tages einbringen. Das Kreisverwal- tungsreferat, welches sich der Weisung nicht entziehen kann, soll mit äußerster Zurückhaltung vorgehen.

Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzen- der: „Der Krieg der USA hat zwar das verbrecherische Regime Saddam Hus- seins beendet, aber gleichzeitig den Irak vollkommen destabilisiert. Täglich ster- ben Dutzende, wenn nicht Hunderte von Irakern bei Bombenanschlägen oder durch Schießereien. Entführungen sind an der Tagesordnung. Sicherheit kann die Regierung nicht einmal mehr in der

sog. Grünen Zone in Bagdad garantie- ren. Doch so richtig, wie sich die Bundesregierung verhalten hat, als sie eine Kriegsbeteiligung gegen den Irak ablehnte, so beschämend verhält sie sich gegenüber den Flüchtlingen.

Der Stadtrat muss sich in dieser Fra- ge eindeutig positionieren. Viele iraki- sche Flüchtlinge leben seit vielen Jah- ren hier und sind Bürger dieser Stadt geworden. Es ist Aufgabe des Stadtra- tes, sich auch vor diese Bürger zu stel- len. Es geht den Grünen nicht darum, Schwerverbrecher oder Gewalttäter zu schützen. Vielmehr betroffen sein wer- den Flüchtlinge, die sich aufgrund ihrer Flüchtlingssituation strafbar gemacht haben. Wer beispielsweise Geld an sei- ne Familie in den mit einem Boykott be- legten Irak geschickt hat, wurde wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschafts- gesetz mit hohen Strafen belegt.

Auch der Nordirak, in den zunächst abgeschoben werden soll, ist nicht si- cher genug, um dorthin abzuschicken. Es gibt dort keinerlei Infrastruktur oder Eingliederungshilfen für Flüchtlinge, die dann buchstäblich vor dem Nichts stehen. Außerdem kann nach allen Er- fahrungen davon ausgegangen werden, dass nach den Straftätern mit mehr als 50 Tagessätzen auch alle anderen Flüchtlinge aus dieser Region abge- schoben werden sollen.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Migranten auf Kommunalwahllisten:

AUGSBURG. Der Ausländerbeirat der Stadt hat die Parteien aufgerufen, bei der Aufstellung der Listen für die Kommunalwahl verstärkt Migranten zu berücksichtigen. Im Schreiben des Vorsitzenden des Beirats heißt es: „Trotz der wiederholten Initiative von Ausländerbeiräten vieler Städte lässt das Wahlrecht für Migranten ohne deutschen oder EU-Pass weder die aktive noch passive Beteiligung bei den Gemeinderatswahlen zu.“ Es wird angeregt, Frauen und Männern mit Migrationshintergrund „Zugang zu Listenplätzen zu gewähren, welche die Aussicht auf den Einzug in den Stadtrat gewähren“. Dies würde die Vertretung eines Drittels der Stadtbevölkerung im Stadtrat verbessern und wäre ein wichtiges Signal dafür, dass sich der Einsatz im Rahmen der etablierten Parteien lohnt.

(Berichte aus Augsburg und Schwaben)

Linksbündnis will eine klimafreundlichere Stadt:

HANNOVER. Eine konsequent klimafreundliche Kommunalpolitik hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Linksbündnisses im Rat der Landeshauptstadt Hannover, Jeremy Krstic, gefordert. In einer von den Grünen angeregten Aktuellen Stunde des Stadtrates zum Klimaschutz forderte Krstic mehr Investitionen in diesem Bereich und warf den Verantwortlichen in Verwaltung und Politik vor, für sie spiele der Klimaschutz bisher nur eine untergeordnete Rolle. Nur so sei zu erklären, dass das erhoffte Ziel von 25 Prozent CO₂-Einsparungen nicht erreicht wurde, sondern lediglich 7,5 Prozent. „Eine nachhaltige Klimapolitik für Bürgerinnen und Bürger muss Vorrang haben vor dem kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern“, so Krstic. Investitionen in den Klimaschutz würden sich auszahlen: Nicht nur durch niedrige Betriebskosten und natürlich klimatisch, sondern auch durch eine gute Auftragslage für regionale Unternehmen und geschaffene Arbeitsplätze. Der Stadtrat des Linksbündnisses forderte, den ProKlima-Fond aufzustocken: „Bei steigenden Umsätzen und Gewinnen der Stadtwerke sollte es doch möglich sein, den jährlichen Förderungsbetrag des ProKlima-Fonds von 4 Millionen zu Gunsten des Klimas um 2 Millionen zu erhöhen.“ Jeremy Krstic regte zudem ein umlagefinanziertes Nahverkehrsmodell an, als Alternative zu Fahrverbot und City-Maut. **Linkszeitung**

Extra-Leistungen für arme Kinder: BOCHUM. Bochum soll Beziehern von Hartz IV und anderen armen Haushalten zusätzliche Hilfen gewähren, damit sie notwendige Schulmaterialien anschaf-

fen können. Dies fordert die „Unabhängige Sozialberatung“. In Bochum leben mehr als 10.000 Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV. Weitere zweitausend sind ähnlich arm, noch mal mehr als zehntausend armutsgefährdet. Am 26.4. sprach sich auch die Nationale Armutskonferenz in Berlin für höhere Leistungen aus, die sich an den tatsächlichen Ausgaben für Kinder orientieren müssten. Die „Unabhängige Sozialberatung“ begrüßt die Forderung der Nationalen Armutskonferenz, die Regelsätze für Kinder neu und nach dem tatsächlichen Bedarf festzusetzen. Bis diese Verbesserung auf Bundesebene durchgesetzt sei, könnten die benachteiligten Schulkinder aber nicht warten. Die Stadt Bochum müsse einen kommunalen Fonds einrichten, aus dem Beihilfen für notwendige Schulmaterialien gewährt werden. „Am 3. Mai tagt der Sozialausschuss, der muss das auf den Weg bringen.“ Mitgliedschaften in Sportvereinen, der Stadtbücherei, Unterricht an der Musikschule, der Besuch von Schwimmbädern und kulturellen Einrichtungen ebenso wie das „Schokoticket“ müssten kostenfrei sein. Die Unabhängige Sozialberatung verweist dabei auf das positive Beispiel der Stadt Oldenburg. Dort wurde ein kommunaler Lernmittelfonds in Höhe von zukünftig 400.000 Euro eingerichtet, aus dem einkommensschwache Haushalte Ausgaben für die Schule erstattet bekommen. Auch wenn die Eltern im Erwerb stehen, droht Kinderarmut. So lebt eine Facharbeiterfamilie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Einkommen (30.000 Euro, ein Erwerbstätiger) unter dem Existenzminimum. Der auffälligste Befund der zunehmenden Verarmung der Familien in den letzten 40 Jahren ist, dass sich seit 1965 die Geburtenzahl pro Jahr fast halbiert und der Anteil der Kinder in der Armut auf das Sechzehnfache gesteigert haben – obwohl die Müttererwerbstätigkeit um fast 60 Prozent gestiegen ist!

www.bo-alternativ.de

Weitere Buslinien sollen privatisiert werden:

FRANKFURT. A.M. Vier von fünf Linienbündeln im Busverkehr werden nun ausgeschrieben, und das fünfte Linienbündel dient der Erpressung: es wird nur dann an die VGF vergeben, wenn diese sehr ambitionierte Einsparungsziele erreicht. Die Grünen, allen voran Lutz Sikorsky, bestätigen abermals ihren konsequenten wirtschaftsliberalen Regierungskurs ohne Blick für die Zukunft. Dass nun insgesamt 80% der Buslinien ausgeschrieben werden, stürzt weitere Busfahrerinnen und Busfahrer in prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei privaten Unternehmen. Im Ergebnis ist die Entscheidung des Magistrates ein klarer Wortbruch der

Oberbürgermeisterin Petra Roth, die noch während des Wahlkampfes eine Inhousevergabe befürwortet hatte. Roth wurde hier von den neoliberalen Grünen vorgeführt und droht ihr Gesicht zu verlieren. Es ist fraglich, wie lange sie sich das noch bieten lassen kann, ohne ihre Glaubwürdigkeit vollends einzubüßen? Lothar Reininger, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.WASG, im Römer sieht die Zukunft der VGF gefährdet. „Dass Lutz Sikorsky sich gegen eine Ausweitung des Ausschreibungswettbewerbs auf den Frankfurter Schienenverkehr ausgesprochen hat, ist noch weniger wert als das Versprechen der Oberbürgermeisterin Petra Roth zu Wahlkampfzeiten. Die Beschäftigten bei der VGF müssen jetzt kämpfen.“ www.dielinke.wasg-im-roemer.de

Mahnwache und Kundgebung zum Todesfall:

SPEYER. Am Donnerstag den 26.04.07 führte der Verein Soziales Netzwerk Deutschland e.V eine Mahnwache und Kundgebung vor der GfA-Vorderpfalz in Ludwigshafen durch. Im Aufruf heißt es: „Ein schockierendes Ereignis spielte sich am Sonntag in der Dom-Stadt Speyer ab, als eine 48-jährige total abgemagerte Frau in einem Mehrfamilienhaus mit letzter Kraft ihren Besuchern die Wohnungstür öffnete. Im Wohnzimmer machte die alarmierte Polizeistreife eine grausige Entdeckung. Auf dem Sofa lag, zugedeckt mit einer Decke, ein bis auf Haut und Knochen abgemagerter toter Jugendlicher. Es war der 20-jährige Sohn, der schlicht und einfach verhungert war. Mutter und Sohn sind beide Hartz IV-Betroffene, seit letzten Dezember hat die ARGE Ludwigshafen-Vorderpfalz (GfA mbH) über ihre Nebenstelle in der Bischofsstadt dieser Kleinfamilie alle Leistungen gestrichen und ihr somit die materielle Existenzgrundlage entzogen. Erschütternd sind die auch die Erlebnisse der ehrenamtlich aktiven Beistände des Vereins Soziales Netzwerk Deutschland e.V., die sich in den letzten Wochen häufen. Psychische Hintergründe der Betroffenen werden nicht berücksichtigt! Menschen, die sich selbst nicht zu helfen wissen, können täglich dasselbe Schicksal erleiden!“

<http://www.soziales-netzwerk-deutschland.de>

Stadt legt Verfassungsbeschwerde gegen „Schacht Konrad“ ein:

SALZGITTER. Die Stadt Salzgitter legt gegen das geplante Atommüllendlager „Schacht Konrad“ eine Verfassungsbeschwerde ein. Der Rat der Stadt habe auf seiner Sitzung am Mittwochabend beschlossen, einen Rechtsanwalt damit zu beauftragen, teile die Stadt mit. „Wir sehen unsere vor den Gerichten dargelegten Argumente nicht ausreichend gewürdigt“, sagte ein Stadtsprecher. Zu-

vor hatte bereits ein Landwirt aus Salzgitter eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Die Gemeinden Lengede und Vechelde hätten über eine Beschwerde noch nicht entschieden, sagte der Sprecher. Das Bundesverwaltungsgericht hatte Anfang April die Klagen der Stadt Salzgitter, der Gemeinden Lengede und Vechelde sowie des Landwirts gegen die Genehmigung des geplanten Endlagers für schwach- und mittelaktiven Atommüll abgewiesen. Ebenso hatte zuvor das Oberverwaltungsgericht im März entschieden. Es ist geplant, eine Menge von 303.000 Kubikmetern Atommüll in der ehemaligen Eisenerzgrube bei Salzgitter einzulagern. (ngo-online)

Finanzierungsvorschläge zur Kinderbetreuung sind unzureichend: KÖLN/BERLIN. Der Deutsche Städtetag hält die Vorschläge der Bundesfamilienministerin zur Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung für unzureichend. Der Bund muss sich sowohl an den einmaligen Investitions- als auch an den dauerhaften Betriebskosten beteiligen. Sein Finanzbeitrag darf nicht mit dem Jahr 2013 enden. Insgesamt ist jährlich eine Bundesbeteiligung in Milliardenhöhe erforderlich. Sonst lässt sich das ehrgeizige Ziel eines Ausbaus der Betreuungsplätze für durchschnittlich 35 Prozent der Kinder nicht verwirklichen ... Es kann nicht sein, dass der Bund wochenlang hohe Erwartungen bei den Eltern weckt und dann die Finanzierung der zusätzlichen Plätze doch zum allergrößten Teil den Ländern und Kommunen überlassen will. Die Betriebskosten sind die höheren und dauerhaften Lasten, die nur gemeinsam zu schultern sind“. www.staedtetag.de

Städtetag warnt vor schleichender Enteignung der Stadtwerke: MÜNCHEN. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat erneut dringend an die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung appelliert, die Eingriffe bei den Strompreisen so zu gestalten, dass die Stadtwerke überleben können. „Es ist 5 vor 12! Wenn die staatlichen Regulierungsbehörden die Entgelte für die Nutzung der Stromnetze weiter so drastisch senken, ist das das wirtschaftliche Ende vieler Stadtwerke. Damit würde kommunales, also den Bürgerinnen und Bürgern gehörendes Vermögen, schleichend enteignet!“, kommentierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, die gegenwärtige Strompreispolitik von Bund und Freistaat www.bay-staedtetag.de

(Zusammenstellung: ulj)

„Junges Mannheim“

„Erfolgreiche Arbeitslosenbekämpfung in Mannheim“

Quelle „Stuttgarter Zeitung online“ 5.3.07. Nach dem Motto „Arbeit – dafür ziehen wir an einem Strang“ präsentiert die Mannheimer ARGE ihr Erfolgsrezept an einer Wäscheleine. Die Arbeitsangebote des Jobcenters und der Job-Börsen, die zu Zweidritteln aus Zeitarbeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen bestehen, werden mit weißen Wäscheklammern befestigt.

Seit Juni 2006 kann sich das Jobcenter nun voll entfalten. Denn nach dem Umzug in das ehemalige Bankgebäude in der Ifflandstraße findet ein/e Erwerbsloser/e alles unter einem Dach. Gleich unten landen die täglich zwischen 60 bis 80 neuen Antragsteller/innen bei der MEAS, das ist die Mannheimer Erst Anlauf Stelle, wo die Hilfebedürftigkeit erst einmal geprüft wird. Danach werden sofort die so genannten Eingliederungsvereinbarungen getroffen, die nichts anderes bedeuten, dass die Antragsteller/innen einen Vertrag unterschreiben müssen, jeden Job anzunehmen. „Wir wollen alle dasselbe, nämlich dass die Leute wieder Arbeit finden“, so Christian Greiner, Chef der Mannheimer Arbeitsagentur. Und deshalb findet der zweite Geschäftsführer Ulrich Manz die Vermittlung erwerbsloser Menschen in Zeitarbeit „gut so“, „denn ganz wichtig sei, dass die Leute, wenn sie ins Jobcenter kommen, sofort sehen worum es geht“. „In erster Linie um Arbeit und nicht ums Geld.“

Der rechte Eingang des Jobcenters

führt zum „Junges Mannheim“. Mit ungewöhnlichen Methoden werden hier die Erwerbslosen unter 25 ganz schön ran genommen. Denn das Prinzip Fördern und Fordern wird hier ernsthaft verfolgt und hat den Mannheimern schon heftige Kritik für ihre harte Vorgehensweise eingebracht. Aber Joachim Burg, zuständig für das junge Mannheim, weiß schon längst, dass man mit Zugeständnissen nicht weit kommt. „Die meisten Jugendlichen kommen hier rein und gehen davon aus, dass sie erst einmal Geld kriegen.“ „Es geht immer ums Geld, immer um den Stoff, das ist wie eine Sucht.“ „Aber sie merken schnell, so läuft das hier nicht. Geld gibt es bei uns nur gegen Leistung.“ Und tatsächlich hat das Jobcenter für jeden ein Angebot. Natürlich nicht gerade den Traumjob oder die Lieblingslehrstelle, zumindest aber einen Praktikumsplatz oder einen Ein-Euro-Job. „Ganz wichtig ist dass die Jugendlichen was tun“, schaltet sich dann auch noch der Sozialamtsleiter Herrmann Genz ein. Der übrigens der Geistesvater des Jump Plus Projektes ist und sich ständig um das Versacken der Jugendlichen im Fernsehsessel sorgt.

Der Arbeitseifer in den oberen Etagen des Mannheimer Jobcenters hat aufgrund einer ungewöhnlichen zielstrebigen Vorgehensweise die Zahl der Erwerbslosen in Mannheim nach unten geschraubt und ist bei 9,2 %, bei den unter 25 jährigen sogar bei 5 % gelandet.

„Doch das nenne ich Augenwischerei“, kritisiert die Mannheimer Stadträtin Gudrun Kuch

Die ungewöhnliche hohe Arbeitslosenquote in Mannheim gegenüber dem Landesdurchschnitt macht schon klar, es fehlt an Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

In der letzten Zeit überschlagen sich die Erfolgsmeldungen aus der Stadt Mannheim in den Medien und man kann nur hoffen, dass aufmerksame Bürger/innen dieses Schönwettergerede gründlich hinterfragen.

• Denn mit der ALG II-Regelung wurde eine soziale Grundsicherung für erwerbslose Menschen bestimmt, die den Betroffenen nach dem Sozialstaatsprinzip Art. 20 GG zusteht und nicht, wie es aus den oberen Etagen der ARGE dargestellt wird, die Betroffenen zu Bittstellern macht. Wahrscheinlich haben die Herren ganz vergessen, dass viele der Antragsteller/innen, die zum größten

Teil einem Stellenabbau zum Opfer fielen, bereits jahrelang in die Arbeitslosen- und Sozialkassen einzahlten. Als Dank ernten sie nun Stigmatisierung und Drangsalierung des „geldgierigen Arbeitslosen“.

• Wer ALG II beantragen muss, ist mindestens ein Jahr erwerbslos, musste all seine Ersparnisse aufbrauchen und hat die Schwelle des Armutsniveau längst erreicht.

• Viele junge Menschen haben aufgrund ihres Schulabschlusses noch nie die Chance auf eine Ausbildungsstelle bekommen.

• Im Sinne des Fordern und Fördern sollen Langzeitarbeitslose und junge Erwerbslose, durch Qualifizierung in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Doch die gebotenen Perspektiven der

Neue Zeiten bei NIRO Petersen!

Flensburg. Der Streik ist zu Ende. Am 20. April einigten sich die IG Metall und NIRO Petersen-Geschäftsführerin Birthe Reimer auf eine gemeinsame Erklärung.

„Wir haben eine verbindliche Grundlage. Endlich!“, sagt sich Michael Schmidt, IG-Metall-Gewerkschaftssekretär, der die Streikenden vom ersten Tag an unterstützt hatte. Die Gewerkschaft konnte durchsetzen, daß NIRO Petersen von seiner bisherigen Guts-herrenpolitik abrückt. Niemand soll mehr von der Gunst der Geschäftsführung abhängig sein.

Nun heißt es schwarz auf weiß: „Das Niveau in den geltenden Lohn- und Gehaltstabellen des Metallhandwerks sowie die Regelungen zu Urlaub und Sonderzahlung finden Anwendung im Betrieb.“ Dafür standen die Kollegen seit dem 17. November vor dem Tor. (Siehe Politische Berichte Nr. 6/2007): Wer bei NIRO Petersen arbeitet, kann sich jetzt sicher sein, daß Weihnachts- und Urlaubsgeld auch wirklich gezahlt werden.

Die Streikenden sind einerseits über das Ende des Arbeitskampfes erleichtert. Er kostete sehr viel Kraft und Nerven. Endlich ist jetzt wieder mehr Zeit für Familie und Freunde. Andererseits klingt auch Wehmut mit. Schließlich erlebten die Streikenden eine unglaubliche Unterstützung. Solidaritätsfaxe, -briefe und -anrufe zählte zum Schluß niemand mehr.

Die Streikenden haben sich viel einfallen lassen, damit auch nach fünf Monaten der Streik und sein Anliegen nicht

in Vergessenheit gerieten. Nikolausaktion an der Holm-Nixe, öffentliches Frühstück, Weihnachtsbaumverkauf, Buchstützen, sind nur einige der Aktionen der Streikenden.

Die Kollegen meinen: Es ist eigentlich schade, daß es vorbei ist, denn durch die Streikenden wurde Flensburg einfach etwas bunter. Manchen war das grelle IG-Metall-Rot zwar ein Dorn im Auge. Andere ließen sich dagegen von der guten Laune im Flensburger Brauereiweg richtig anstecken. Zum Beispiel: Der jüngste Tarifabschluß im metallverarbeitenden Handwerk hat sicherlich auch mit der Entschlossenheit der Streikenden zu tun, die die Kollegen in anderen Betrieben anspornten.

Auch bei NIRO Petersen: neue Zeiten!

Karl-Helmut Lechner

Quellen: IG Metall Flensburg, Streiknachrichten Nr. 23 vom 24. April 2007, <http://www2.igmetall.de/homepages/flensburg>



Fortsetzung von Seite 15, Mannheim bekämpft Arbeitslose

ARGE sprechen eine andere Sprache, Tatsache ist, mit Zustimmung der Mehrheit von CDU/ML, FDP und SPD im Mannheimer Gemeinderat wurden fast 3000 Ein-Euro-Jobs geschaffen. Ein-Euro-Jobs stellen aber keine Instrumente zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt dar. Mit all den Projekten der Beschäftigungsträger, wofür sie pro Langzeitarbeitslosen eine Trägerpauschale zwischen 150 Euro bis 300 Euro kassieren, wird klar: Die Mannheimer ARGE bestimmt aufgrund des Bildungsniveaus der Betroffenen und besonders der jungen Menschen wer Ein-Euro-Jobs macht. Beharren die Betroffenen auf eine schulische Weiterbildung, fallen sie aus dem ALG II-Bezug und müssen von den noch geringeren Leistungen aus Bafög ihr Leben und die Schulgebühr bestreiten.

Fazit: HARTZ IV hat sein Ziel verfehlt!

Die Langzeitarbeitslosigkeit wurde lediglich mit statistischen Tricks verschleiert.

Die erwerbslosen Menschen werden

bekämpft und nicht die Arbeitslosigkeit.

Sie werden in Pflichtarbeiten abgedrängt, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt.

Ein-Euro-Jobs weiten den zweiten Arbeitsmarkt aus und führen zu Arbeitszeitverlängerung und Lohndumping auf dem ersten Arbeitsmarkt

Gerade bei den noch Erwerbstätigen wird Angst geschürt, Opfer der Armuts-gesetzgebung zu werden bis hin zur garantierten Altersarmut *Gudrun Kuch*

Abdruck aus LiLiMa-Nachrichten, April 2007



„Einfach so am Vorstand vorbei“?

17.4.07. Der bayerische IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer sprach mit dem „Compliance-Magazin“ über Siemens, Skandale und Korruption. Im Interview mit dem Online-Magazin erklärt Neugebauer auf die Frage, ob man in den Chefetagen von Siemens wirklich nichts von Schmiergeldern und Korruption gewusst habe, er könne sich „nicht vorstellen, dass nahezu 400 Millionen Euro am Vorstand der Siemens AG so einfach vorbeimanövriert werden können.“ Dabei kommt auch der kritische Punkt bei dieser Annahme zur Sprache: „Wenn dies aber doch der Fall sein sollte, dann würde ich sagen, im Vergleich zum Siemens-Vorstand ist eine Bananenrepublik eine transparente Einrichtung.“

Geld für die AUB, aber nicht für die Mitarbeiter. Speziell zur AUB-Affäre weist Neugebauer darauf hin, dass die IG Metall bereits seit Jahren den Verdacht hegt, die AUB werde von Siemens finanziell unterstützt; dass Siemens allerdings Summen in Höhe mehrerer Millionen dafür ausgab, überrascht auch ihn, „zumal das Geschrei immer groß ist, wenn ein Mitarbeiter einmal höher eingruppiert werden soll“. Sollte die Unternehmensspitze tatsächlich nichts von den nun nach und nach zu Tage tretenden Unregelmäßigkeiten gewusst haben, hält Bayerns IG Metall-Chef so etwas wie eine Kultur des vorseilenden Gehorsams durchaus für vorstellbar – nicht nur bei Siemens, sondern „in vielen anderen Unternehmen auch. Nur eben in einem kleineren Rahmen, und das sind dann eben die kleinen von Pierers und Kleinfelds, die glauben, auf dem Weg nach oben ist alles recht.“

„Alle 500 Meter eine neue Überraschung“. – Wenig überrascht zeigt sich Neugebauer darüber, dass im Zuge der nach seiner Einschätzung glaubwürdigen aktuellen „Null Toleranz“-Bemühungen immer wieder neue Verfehlungen bekannt werden: „Ja, so ist das. Wenn Sie mal da das Bohren anfangen ist das genauso, wie bei einer Tiefenbohrung in die Erdkruste. Da haben Sie auch alle 500 Meter eine neue Überraschung.“ Abschließend betont Neugebauer, dass es über die Bemühungen, tragfähige Lösungen bei Konflikten wie etwa derzeit im Zusammenhang mit Siemens VDO „keinen Deal zwischen der Siemens AG und der IG Metall gibt und gab. [...] Wir haben bisher immer hart verhandelt und wir werden es auch in Zukunft tun. Es geht ja immerhin um Zigtausende von Menschen und deren Existenz und um ihr Geld. Nur mit gut zureden habe ich die letzten 30 Jahre bei Siemens nicht viel erreicht.“

www.igmetall-muenchen.de, hr



Warnstreiks bei der Telekom in Hamburg

HAMBURG. Nach dem ganztägigen Warnstreik der Hamburger Telekom-Beschäftigten am 12. April protestierten am 26. April erneut über 2.000 Telekom-Beschäftigte auf dem Spielbudenplatz in Hamburg-St. Pauli gegen Arbeitsplatzvernichtung, Zerschlagung und Lohnrückerei bei der Telekom (Foto). Ca. 1500 Kolleginnen und Kollegen der Technischen Infrastruktur Niederlassung Nord (TINL), die ihre Betriebsversammlung im CCH unterbrachen, und über 600 Warnstreikende aus Hamburg und dem Hamburger Umland.

Mit der Aktion wurde erneut Druck auf den Arbeitgeber gemacht, endlich mit ver.di einen Tarifvertrag zum Auslagerungsschutz abzuschließen. Nur mit solch einem Vertrag können ca. 50.000 Telekombeschäftigte vor dramatischen Einschnitten in das Tarifsystem geschützt werden. Der Arbeitgeber hält nach wie vor an seiner Blockadehaltung fest. Der ver.di-Landesfachbereichsleiter für Hamburg – Jürgen Sauer: „Die Wut der Beschäftigten ist groß. Sie befürchten, dass sie die Rechnung für jahrelanges Missmanagement zahlen müssen. Von den in Hamburg rund 2.000 Telekom-Beschäftigten wären ca. 90% von der Umstrukturierung betroffen.“ (res; nach: Pressemitteilungen ver.di-Hamburg)

Gewerkschaften drohen Großaktionär Blackstone

Im Konflikt um den Umbau der Deutschen Telekom setzen Gewerkschaften den Großaktionär Blackstone unter Druck. Der Finanzinvestor sei an verschiedenen Umstrukturierungen beteiligt, bei denen Blackstone auf Kosten der Beschäftigten profitiere, schreibt der Generalsekretär der Gewerkschafts-Dachorganisation UNI Global Union, Philip Jennings, in einem an Blackstone-Chef Steve Schwarzman adressierten Brief. Sollte Blackstone weiter auf Auslagerungen von rund

50 000 Arbeitnehmern der Telekom drängen, wollten die Gewerkschaften ihre Investitionen in Fonds der Finanzgesellschaft überdenken.

UNI Global Union bündelt die Interessen von mehr als 50 Gewerkschaften, darunter die US-amerikanische Communications Workers of America (CWA) mit 700 000 Mitgliedern und die bundesdeutsche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Bei Blackstone haben die US-amerikanischen Gewerkschaften Pensionsgelder ihrer Mitglieder investiert, die sich nach eigenen Angaben auf „mehrere Milliarden US-Dollar“ summieren. „Wenn wir über Optionen für Investitionen in Fonds entscheiden, dann könnten wir sehr wohl empfehlen, dass Blackstone nicht mehr berücksichtigt wird“, heißt es in dem Brief.

Die Kritik der Gewerkschaften kommt für Blackstone zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die Investmentgesellschaft strebt an die New Yorker Börse und will dabei rund vier Mrd. Dollar einnehmen. Eine Blackstone-Sprecherin lehnte einen Kommentar zu dem Brief ab. Auch die Deutsche Telekom äußerte sich nicht dazu.

Jennings kritisierte die Rolle von Blackstone-Manager und Telekom-Aufsichtsrat Lawrence Guffey beim geplanten Konzernumbau. Dieser solle sich mit den zuständigen Gewerkschaftsvertretern von ver.di in Verbindung setzen, um eine Lösung zu finden. „Die derzeitigen Pläne der DT (Deutschen Telekom) sind drastisch und nicht akzeptabel“, schreibt Jennings.

Nach Angaben aus Konzernkreisen dringt Blackstone auf eine schnelle Restrukturierung des Bonner Unternehmens, um dem Aktienkurs auf die Sprünge zu helfen. Der Finanzinvestor hält 4,5 Prozent der Telekom und ist damit der größte Aktionär nach der Bundesregierung und der staatlichen KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau).

(res; nach: dpa)

Wirtschaftsverbände schwelgen in optimistischen Wachstumsprognosen.

FAZ, Die. 17.4.07. Auf der Hannovermesse haben der BDI und der VDMA ihre Prognosen angehoben. „Wir vom BDI gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Jahresverlauf um bis zu 2,5% wächst, 0,5% mehr als im Januar erwartet“, sagte J. Thumann, BDI-Präsident. Die Triebkraft sei weiterhin die deutsche Industrie, vor allem der Export, für den man wieder einen Zuwachs von 10%, statt 7%, wie noch im Januar prognostiziert, erwarte. Der BDI gehe davon aus, dass bis Dezember 300.000 bis 500.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland entstünden. Jedoch warnte Thumann vor Euphorie, die Volkswirtschaft sei von einem „nachhaltig höheren Wachstumspfad noch weit entfernt“. Zentral sei die Senkung der Lohnzusatzkosten, die bisher ausgeblieben sei.

DIHK kritisiert starre Haltung des Bundesfinanzministers bei der Steuerreform.

FAZ, Mo. 23.4.07. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag beklagt, dass Bundesfinanzminister P. Steinbrück nicht bereit sei, die „schlimmsten Fehler der Steuerreform zu korrigieren“. Als Beispiel benennt er die „Zinsschranke“. Die Schranke begrenzt den steuerlich abzugsfähigen Nettoaufwand (Zinsen) auf 30% des Rohgewinns. Der Präsident des DIHK, L.G. Braun, erklärte: „Ich kann nur davor warnen, mit dem Thema so sorglos umzugehen: wird nicht nachgebessert, wird die Zinsschranke in jedem Fall innovative Unternehmen schwächen, die in Deutschland kreditfinanziert Investitionen tätigen und damit Arbeitsplätze hierzulande sichern.“

Apothekerverbände fürchten sinkende Preise.

FAZ, Frei. 27.4.07. Europas größte Pharmahandlung, die Stuttgarter Celesio AG, hat 90% der niederländischen Internet- und Versandapotheke Doc Morris erworben. Aus Verbraucherschutz-Sicht ist das der erste Schritt zur Bildung von Apotheken-Fillialketten in Deutschland. „Durch eine Apotheken-Kette könnte der Wettbewerb in Gang kommen und zu sinkenden Preisen führen“, so T. Isenberg, Verbraucherzentrale. H.-G. Wolf, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA): „Cesio stellt sich in Widerspruch zu den Zielen, der unabhängigen Apotheker, die weiterhin politisch und juristisch dafür eintreten, Patienten frei von den Interessen mächtiger Kapitalgeber zu beraten.“ Die Übernahme sei ein „Faustschlag ins Gesicht der Apotheker“ sagte auch O. Späth, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BVDA). Celesio als Großhändler trete damit in die direkte Konkurrenz zu den eigenen Kunden. Presseauswertung: rst

Bei der Urabstimmung der Linkspartei.PDS haben sich jetzt ca. 50 Prozent der Mitglieder beteiligt. Bremen liegt abge schlagen mit 33,8 Prozent an letzter Stelle.

Die kommunalpolitische Konferenz am 28.04.07 im Bremer Konsul-Hackfeld-Haus war ein voller Erfolg.

Am Vormittag blätterten die Referenten die ganze Problematik der Privatisierung und Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf. In der Diskussion mit den vielen zur Konferenz angereisten Teilnehmern, darunter viele Abgeordnete aus Kreis- und Kommunalparlamenten, wurde deutlich, wie unterschiedlich die Problemlagen in den Kommunen und wie ebenfalls unterschiedlich die gesuchten und versuchten Lösungen sind. Viele detaillierte Einzelfallschilderungen lösten sich ab mit Referaten über eher systematisch-theoretische Untersuchungen. Deutlich wurde: die Privatisierung von öffentlichen Institutionen löst kein Problem, sondern verschlechtert und verteuert die öffentliche Daseinsvorsorge in jeder Hinsicht. Dass dabei die Politik der Linkspartei in der Regierungskoalition in Berlin gleich mit kritisiert wurde, versteht sich am Rande.

Am Nachmittag dann um 15 Uhr wurde das Podium mit Oskar Lafontaine, Werner Rügemeier, Gesine Lötzsch, Monique Troedel und Klaus-Rainer Rupp neu besetzt. Und es ging sofort – ohne lange Referate – los mit dem Rundgespräch. Der Saal war noch voller geworden.

Am 5. Mai wird in **Bremen zur Bürgerschaftswahl** bei einem Großeinsatz ein Brief von Lafontaine und Gysi an die Haushalte verteilt. Am 9. Mai findet eine Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz statt. Bei der letzten Umfrage lag die Linkspartei bei 5,5 Prozent der Stimmen und hat gegenüber der letzten Umfrage leicht verloren.

WASG-Abweichler gründen BASG

Auf der Internetseite der Linkspartei Brandenburg ist zu lesen: „Die Spaltung der Berliner WASG ist perfekt. Wegen der geplanten Fusion von Wahlalternative und Linkspartei hat ein Teil der Berliner WASG um die frühere Spitzenkandidatin Lucy Redler eine neue Organisation gegründet. Die Gründungserklärung für die BASG (Berliner Alternative für Solidarität und Gegenwehr) sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden, teilten Redler und ihre Vorstandskollegen Siemen Dallmann und Rouzbeh Taheri am Dienstag mit ... Die Abweichler der Berliner WASG lehnen die Fusion jedoch ab. Mit der Privatisierung von

Wohnungen und der „Aushöhlung“ des Ladenschlussgesetzes richte sich die Politik der Berliner Linkspartei im roten Senat gegen die Mehrheit der Bevölkerung, heißt es im Gründungsmanifest der BASG.“

Auf der Internetseite der WASG Berlin ist der **Programmwurf der BASG** veröffentlicht. Das endgültige Dokument liegt uns noch nicht vor. Klar wird aber, dass die BASG ein neues Partei modell entwickeln will und die Politik der WASG eben nicht fortsetzen wird. Programmtisch ist die BASG rechts von der Linken anzusiedeln, wenn man von der Wortradikalität einmal absieht. Auszüge:

„Eine programmatische Grundhaltung, die sich auf eine defensive Verteidigung sozialer Errungenschaften beschränkte, eine zu starke Fokussierung allein auf Wahlbeteiligungen, vor allem aber gravierende Defizite an innerparteilicher Demokratie haben den Niedergang der WASG beschleunigt. Deshalb kann und wird die BASG keine bloße Verlängerung der Berliner WASG sein ...

Gleichwohl sind wir uns der begrenzten Möglichkeiten einer Regionalorganisation sehr bewusst. Weil wir nicht als folkloristischer „Berlin-Verein“ enden wollen, streben wir eine bundesweite Vernetzung mit allen an, die dem „real existierenden Kapitalismus“ tatsächlich etwas entgegensetzen wollen.

Dabei kann es angesichts der komplizierten Situation, in der die deutsche Linke sich befindet, keine einfachen Antworten geben: Wir streben eine bundesweite Vernetzung an sowohl mit den Aktivisten, die aufgrund der sich abzeichnenden Rechtsentwicklung nicht der neuen Partei angehören werden, als auch mit denjenigen, die in entschiedener und klar erkennbarer Opposition auch innerhalb der neuen Partei wirken. In der Berliner Regionalorganisation werden die Fragen der weiteren bundesweiten Vernetzung und des Verhältnisses zu den bestehenden bundesweiten Vernetzungsansätzen ein zentraler Diskussionspunkt sein.

Die WASG war und die BASG wird eine Sammlungsbewegung von unterschiedlichen Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven gegen die neoliberale Offensive zur Wehr setzen wollen.“

Gespräche über die Zusammenarbeit der polnischen Jungen Sozialisten mit GUE/NGL und EL

Vom 18. bis 19. April weilte eine fünfköpfige Delegation der polnischen Jungen Sozialisten in Brüssel, die an Gesprächen mit der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordisch Grüne Linke und der Europäischen

Linkspartei teilnahmen.

Die Jungen Sozialisten trafen sich mit den Abgeordneten der Linkspartei Sylvia-Yvonne Kaufmann und Gabriele Zimmer mit denen sie über das Projekt der europäischen Verfassung und den Standpunkt der europäischen sozialistischen Linken zu diesem Dokument sowie über die Rechte der Frauen in Polen.

Die Delegation der Jungen Sozialisten sprach auch mit dem Europaabgeordneten Jens Holm von der Vänsterpartiet über eine engere Zusammenarbeit zwischen der Linkspartei und den Jungen Sozialisten in der Frage der Ökologie.

Der Europaabgeordnete Søren Bo Søndergaard von den dänischen Enhedslisten – de rød-grønne und Vertreter der griechischen Abgeordneten waren am meisten an Wahlperspektiven in Polen und der Aktivierung der polnischen Gesellschaft gegen die neoliberalen Reformen, die auch in ihren Ländern durchgeführt werden (so die Änderung des dänischen Arbeitsrechtes und der Versuch, die Hochschulbildung in Griechenland zu privatisieren).

Renato Soreio vom Portugiesischen Linken Block (Bloco de Esquerda) unterstrich vor allem die inhaltliche Nähe beider Organisationen, die sich nicht nur unter einem gemeinsamen Logo zusammenfinden, sondern auch im konsequenten Kampf um Demokratie und Menschenrechte sowie der eindeutigen Kritik undemokratischer Regime, die sich linker Phrasen bedienen. Der Vertreter des Linken Blockes lud die Jungen Sozialisten zum Parteitag seiner Partei ein, der Anfang Juni stattfindet.

Während des Treffens mit der Europäischen Linkspartei informierten die Jungen Sozialisten, dass sie – entsprechend ihrem Beschluss auf dem III. Landeskongress – dem Europäischen Netzwerk der Demokratischen Jungen Linken ENDYL, das eng mit der EL zusammenarbeitet, beitreten wollen.

Das wichtigste Thema des Treffens war jedoch die Diskussion über die politische Landschaft in Polen im Kontext der Europawahlen. Die Jungen Sozialisten betonten zwei mögliche Varianten der Entwicklung auf der linken Seite der politischen Landschaft. Ein vereinigter Block aller linken sozialistischen Kräfte oder für den Fall der Unmöglichkeit dessen der selbstständige Wahltritt zweier oder mehrerer Organisationen. Die Vertreter der EL sicherten der Delegation der Jungen Sozialisten ihre Unterstützung für den Bildungsprozess einer starken sozialistischen Partei in Polen zu. Die Jungen Sozialisten kündigten weitere Arbeitsgespräche mit den linken Abgeordneten des Europäischen Parlamentes an.

Zusammenstellung: jöd

Die NPD kann man nur einmal verbieten. Dann aber richtig!

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Anfang des Jahres hat die VVN/BdA mit verschiedenen Persönlichkeiten eine Kampagne gegen das Verbot der NPD initiiert. Inzwischen haben 44.000 Menschen den Aufruf unterschrieben. Auf der Internetseite www.npd-verbot-jetzt.de sind zahlreiche gute Informationen zusammengestellt.

Viele werden sich noch daran erinnern, dass der letzte Verbotsantrag, gestellt vom Deutschen Bundestag zusammen mit dem Bundesrat, vom Bundesverfassungsgericht nicht befasst wurde mit dem Hinweis, dass zahlreiche Beweise auf Informationen von Spitzeln beruhen und die faktische Vermengung der Akteure nicht aufzulösen und die Aktivitäten der Innenbehörden von der Tätigkeit der NPD nicht zu trennen sind. Die Richter haben auch deutlich gemacht, dass ein Verbotsverfahren nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Spitzel der Innenbehörden abgestellt bzw. zurückgezogen werden.

Der Bundesinnenminister und die Landesinnenminister weigern sich, so zu verfahren. Auch wenn die Links-

fraktion im Deutschen Bundestag die Verbotskampagne nicht unmittelbar unterstützt, hat die Fraktion jetzt einen Antrag in den Bundestag eingebracht, die Spitzel abzustellen. Am 11. Mai werden die Bundestagsabgeordneten darüber beraten und befinden.

Auch wenn die Gemengelage für ein Verbot schwierig ist, ist die Verbotskampagne sinnvoll, um öffentlich Druck zu machen mit dem Ziel, ein Umdenken in den Verwaltungs- und Innenbehörden zu erreichen. Insofern ist interessant, dass die Gewerkschaft der Polizei sich zu einem Verbot klar und deutlich positioniert hat und auch einen eigenen glaubwürdigen Begründungszusammenhang entwickelt hat.

Bei den zahlreichen Protestaktionen gegen Nazi-Aufmärsche wird immer deutlicher, dass die Gerichte und Innenbehörden den Neonazis viel mehr Spielraum lassen als die Polizei. Der lieb gewonnene Spruch der Linken: „Deutsche Polizisten schützen Faschisten“ mag im Einzelfall schon mal stimmen, aber in

vielen Fällen werden Demonstrationsverbote der Polizei eben von den Gerichten wieder aufgehoben.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Kräften ist in den letzten Jahren viel komplizierter geworden. Geschickt agieren sie in einigen Landtagen und zahlreichen Kommunalparlamenten. Ihre Demagogie verfängt nicht nur im Osten. Insofern ist das Abschneiden der rechtsextremen Kandidaturen in Bremen und Bremerhaven am 13. Mai ganz interessant.

Seit 1992 haben Bundes- und Landesinnenminister 24 rechtsextreme Organisationen verboten. Der Berliner Innensenator hat z.B. 2005 zwei Kameradschaften verboten. Der sächsische Innenminister hat jetzt „Sturm 34“ verboten. Auch dies kommt einem Verbot der NPD einen Schritt näher. Denn die Praxis zeigt, dass sich solche Kräfte dann bei der NPD wieder finden.

Jörg Detjen

Aufruf NPD-Verbot jetzt!

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotsgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen.

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Re-

gimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:



„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmun-

gen des Grundgesetzes nicht berührt.“

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

ver.di-Gewerkschaftsrat

Unterstützung eines NPD-Verbotsverfahrens

ver.di unterstützt die Kampagne „nonpd“ der VVN-BdA, mit der der Bundestag aufgefordert wird, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg zu bringen.

Seit über 40 Jahren agiert in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die Handlungsgrundlage auch für die Gewerkschaften ist, ab.

Die NPD propagiert Gewalt und bietet Gewalttätern eine politische und soziale Heimat. Sie ist damit für ein geistiges Klima verantwortlich, aus dem heraus immer mehr Übergriffe gegen AusländerInnen, Juden, Homosexuelle,

politisch Andersdenkende und gegen die mühsam entwickelte demokratische Kultur in Deutschland erfolgen.

Solange die NPD den grundgesetzlich geschützten Parteienstatus genießt, ist der Rechtsstaat gezwungen, sie zu finanzieren, ihre Veranstaltungen zu schützen, öffentlichkeitswirksame Auftritte oder Immobilienkäufe zu ermöglichen.

Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Eingeschleuste Informanten können auf Dauer kein Argument sein, ein Verbotsverfahren zu unterlassen. Observationen und vor allem die systematische Auswertung öffentlicher Quellen lassen ein Verbotsverfahren auch ohne eingeschleuste Informanten zu.

Ein Verbotsverfahren ist kein Ersatz für die politische Auseinandersetzung mit braunem Gedankengut und erübrigt erst recht nicht die Auseinandersetzung mit den Ursachen des neuen Rechtsradikalismus. Im Gegenteil: ein Verbotsverfahren ergänzt diese Auseinandersetzung, indem die demokratische Gesellschaft eindeutig Position bezieht und Grenzen setzt.

Beschlossen in der Sitzung am 7./8. März 2007 in Leipzig

Gewerkschaft der Polizei

Für eine erneute Initiative zum Verbot der NPD

„Durch die jüngsten Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Diskussion wieder aufgelebt, die es so auch schon nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im Jahre 2004 gab.

Wellenartig wird die Bundesrepublik Deutschland von Rechtsextremismus-Diskussionen erfasst. Der Empörung nahezu aller gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien auf dem Höhepunkt der Diskussion folgt die Untätigkeit im Alltag, wenn sich die Aufregung wieder gelegt hat. (...) Letztlich ist es nur die Polizei, die sich mit den Rechtsextremisten immer wieder herumschlagen muss.

Eine neue Qualität hat das Auftreten der NPD in den Wahlkämpfen im Spätsommer dieses Jahres dadurch erfahren, dass die NPD ganz gezielt dazu übergegangen ist, Wahlkampfveranstaltungen der aus ihrer Sicht „linken“ Parteien massiv zu stören. Nur durch das Eingreifen der Polizei war es in diesen Fällen möglich, den ordnungsgemäßen Ablauf der jeweiligen Wahlkampfveranstaltung zu garantieren. Wenn dann

auch noch Politiker bemängeln, die Polizei ginge nicht eindeutig und entschlossen genug gegen rechtsradikale Umtriebe in Deutschland vor, so ist dies empörend. Wir können ihnen nur empfehlen, sich bei einem Demonstrationseinsatz im Zusammenhang mit der NPD an einem Wochenende zu den Kolleginnen und Kollegen zu gesellen und diese einmal bei ihren Einsätzen zu begleiten. Danach werden sie wahrscheinlich selbst wissen, was von solchen unbedenkten Aussagen zu halten ist. (...)



Zwar ist zu begrüßen, dass vom Bundesfamilienministerium auch für das Jahr 2007 19 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen. Da dieses Programm aber so ausgelegt ist, dass lokale Aktionspläne, Modellprojekte und Orte der Kommunikation gefördert werden sollen, also einen kommunalen Bezug hat, steht zu befürchten, dass bisher geförderte überregionale Projekte nach 2006 nicht mehr weitergeführt werden können. Hier sind zwar die 5 Millionen Euro, die zusätzlich in den Bundeshaushalt 2007 eingestellt werden sollen, hilfreich. Grundsätzlich aber muss die Forderung lauten, dass für die Bekämpfung des Rechtsextremismus auch weiterhin ausreichend Fördermittel bereitgestellt werden müssen. Es ist eine kontinuierliche Ausweitung von Bildungsprogrammen, die nicht in Abhängigkeit von tagespolitischen Aufmerksamkeiten aufgelegt bzw. eingestellt werden, herbeizuführen. Es muss verhindert werden, dass ganze Regionen von den Kräften preisgegeben werden. Dazu sind Sonntagsreden allein jedoch nicht ausreichend. Vor Ort sind Freizeit- und Bildungsangebote zu schaffen, die vor allem junge Menschen dem Einfluss der „braunen Rattenfänger“ entziehen.

In der Bewertung der NPD heute kommt der strategischen Neuausrichtung der Rechtsextremisten eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere die sog. „Wahlbündnisse“ zwischen NPD und DVU, (d.h.: Absprachen, sich bei Wahlen nicht gegenseitig Stimmen zu

entziehen) erweisen sich als gefährlich. Gleichzeitig ist es der NPD gelungen, ein Sammelbecken rechtsextremistischer Gewalttäter zu werden und dennoch nach außen hin ein bürgerliches Auftreten vorzutäuschen. Die „Rechten“ geben sich immer dreister im Auftreten in der Öffentlichkeit. Seit September über „Wochenschau“ über das Internet oder „Weltnetz“, wie es im NPD-Sprachgebrauch heißt.

Die NPD wird, solange sie nicht verboten ist, durch das Parteienprivileg ge-

schützt. Ihre verfassungsfeindliche Arbeit wird durch die Parteienfinanzierung gefördert. In der Praxis ergeben sich Probleme daraus, dass die NPD im Spektrum der demokratischen Parteien tätig ist. Da öffentliche Versammlungen der NPD regelmäßig Gegendemonstrationen hervorrufen, nimmt sie ständig den Schutz der Polizei in Anspruch. Die NPD geht so-

gar soweit, diese dienstlichen Einsätze der Polizei zu instrumentalisieren. Nahezu jedes Wochenende werden Demonstrationen oder öffentliche Auftritte angemeldet. (...) Die Lösung kann nicht allein im Ruf nach einem Verbot der NPD liegen. Zumal nicht klar ist, ob ein solches Verbotsverfahren überhaupt von Erfolg gekrönt sein würde. Außerdem dürfte nach den Erfahrungen mit dem ersten NPD-Verbotsverfahren derzeit wohl keines der verfassungsrechtlich legitimierte Organe bereit sein, einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht einzubringen, da sich an den Tatsachen, die zum formalen Scheitern des ersten Antrages geführt haben, auch nichts geändert hat. Es besteht daneben das Risiko, dass ein solches Verbot wahrscheinlich zu alternativen Neugründungen oder Umgruppierungen im rechtsextremen Spektrum führt. Vor Wiedereinbringen eines Verbotsantrags muss auch geprüft werden, ob die formalen Bedingungen, an denen der erste Verbotsantrag gescheitert ist, ohne gravierende Sicherheitsverluste erfüllt werden können. Es muss abgewogen werden, in welchem Verhältnis die entstehenden Sicherheitsverluste durch Abschaltung der Szeneinformanten im Zuge eines Verbotsverfahrens mit den Sicherheits- und Vertrauensverlusten in die Rechtsstaatlichkeit stehen, die bei einem weiteren legalen Agieren der NPD in der Zukunft zu erwarten sind.

Ein Verbot der NPD ist als Signal jedoch unverzichtbar: es muss klar ge-

macht werden, dass es sich bei der NPD nicht um eine demokratische Partei handelt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung nicht über die Verfassungsgemäßheit der NPD entschieden. An der Verfassungsfeindlichkeit der Partei dürfte inzwischen wohl kaum jemand zweifeln. In Abwägung der Vor- und Nachteile spricht sich die Gewerkschaft der Polizei daher für ein Verbot der NPD aus.

Eine Änderung des Versammlungsrechts ist nach Auffassung der GdP ebenfalls unumgänglich. Damit sich die unerträgliche Verhöhnung von Opfern des Nazi-Regimes an nationalen Symbolen und Gedenkstätten nicht wiederholen, spricht sich die Gewerkschaft der Polizei für die Schaffung befriedeter Gebiete an geschichtsträchtigen Orten, aber auch an Gräber- und Gedenkstätten aus.

Die Polizei in der Vergangenheit, vor allem während des Nazi-Regimes hat keine makellos weiße Weste. Dessen sind wir uns durchaus bewusst. Aber wir sind uns auch unserer Verantwortung als demokratische Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat bewusst. Dies gilt in besonderer Weise, wo wir uns in unserem Berufsalltag mit den vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus konfrontiert sehen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind davon mehrfach betroffen: Als

Menschen und Demokraten, als Polizisten im Einsatz und in der öffentlichen Diskussion um die polizeiliche Praxis.

Mit der Verteidigung der Werteordnung unseres Grundgesetzes sind Polizistinnen und Polizisten vor allen anderen gefordert, die Würde des Menschen zu schützen sowie gegen ihre Verletzungen und Beeinträchtigungen einzuschreiten. Daher ist uns bewusst: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darf sich nicht darauf beschränken, rechtsextremistische motivierte Straften zu verfolgen, damit sie mit der ganzen Härte der Gesetze zur Verantwortung gezogen werden können. Wir sind zusätzlich gefordert, wenn es um die Entwicklung von Strategien zur Prävention und den Schutz der Opfer geht. Dafür steht die GdP allen demokratischen Institutionen und Initiativen als Partner zur Verfügung ...“

November 2006

Diskrepanz im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Petra Pau, stellv. Vorsitzende der Linksfraktion und Mitglied im Innenausschuss, erklärte

Rechtsextremistische Gruppierung „Sturm 34“ verboten

Der sächsische Innenminister Albrecht Buttolo hat die aus dem Raum Mittweida stammende rechtsextremistische so genannte Kameradschaft „Sturm 34“ auf Grundlage des Vereinsgesetzes verboten. Das Verbot gilt mit sofortiger Wirkung und sei notwendig, da die Gruppierung sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet und ihr Zweck und ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft, so das Innenministerium. Durch 25 Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Chemnitz als der zuständigen Vollzugsbehörde erfolgte die Zustellung der Verbotsverfügungen. Sie richteten sich an 24 Personen, die zum „harten Kern“ der Gruppierung zählen. 200 Polizeibeamte waren im Einsatz. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden u.a. Schreckschusswaffen, Würgehölzer, Helme, Masken, Sturmhauben, rechtsextremes Propagandamaterial, Fahnen, schriftliche Unterlagen, Handys, Computer und Datenträger sicher gestellt.

Die Kameradschaft „Sturm 34“ führt ihre Bezeichnung auf eine in der Region während der Zeit des „Dritten Reichs“ stationierte SA-Brigade gleichen Namens zurück. Die Vereinigung besteht

aus einem engeren Mitgliederkreis von ca. 40 bis 50 Personen sowie circa 100 Sympathisanten. Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, eine „national befreite Zone“ in Mittweida und Umgebung zu schaffen. Ihre Gewaltangriffe richteten sich gegen „Andersdenkende“ wie beispielsweise Personen aus dem linken Spektrum oder Ausländer. Dabei war den Mitgliedern jede Form der Gewalteinwirkung recht. In diesem Zusammenhang führt die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen einzelne Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und anderer schwerwiegender Delikte.

Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion kritisierte die zu späte und nicht hinreichende Reaktion des Innenministers:

„Innenminister Buttolo hat sich einmal mehr als unentschlossen und zögerlich bei der Bekämpfung der extremen Rechten erwiesen. Wenn es seit Jahresbeginn mehr als 50 nachgewiesene Übergriffe durch Neonazis im Kreis Mittweida gegeben hat, kann das Verbot des „Sturm 34“ nur als längst überfällig bezeichnet werden. (...) Die heute genannten Zahlen von rund 150 Mitgliedern dieser Neonazi-Organisation liegen um ein Vielfaches höher als die bisherigen Annahmen der Behörden. Ein zeitigeres Eingreifen wäre nicht zuletzt

Politiker verschiedener Parteien fordern ein „schärferes Vorgehen“ gegen rechtsextremistische Parteien. Anlass dafür ist der „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“, der in der Bundesrepublik Deutschland seit zehn Jahren jeweils am 27. Januar begangen wird. Das klingt gut und richtig.

Meine Erfahrung besagt allerdings, es gibt eine erhebliche Diskrepanz: Der Rechtsextremismus grassiert permanent und gefährlich, während die Politik periodisch und punktuell reagiert.

In der letzten Legislatur des Bundestages gab es im Plenum nicht eine einzige ernstzunehmende, ressortübergreifende Debatte zum Thema Rechtsextremismus. Und das, obwohl allein die ausgewiesenen Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischen Hintergrund zunehmen (s.a. monatliche Übersicht unter www.petrappau.de).

Zugleich wird antifaschistisches Engagement noch immer kriminalisiert. Das belegen nicht zuletzt zahlreiche Berichte der Landesämter für Verfassungsschutz.

Kurzum: Der politische Ansatz stimmt nicht, er greift zu kurz. Gegen Rechtsextremismus helfen keine schärferen Gesetze oder verfügte Verbote. Gefragt ist eine engagierte Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz.

26. Januar 2006 Die Linksfraktion im Bundestag

deshalb notwendig gewesen, weil der ‚Sturm 34‘ sein proklamiertes Ziel, Mittweida von politisch Andersdenkenden und Ausländern zu ‚befreien‘, mit äußerster Brutalität verfolgt hat. Ich erinnere nur an den Überfall auf das Dorffest Breitenborn zu Pfingsten 2006, bei dem als Anlass für einen gewalttätigen Angriff von 20 bis 30 Schlägern mit mehreren Verletzten ausreichte, dass ein Ausländer die Feier besuchen wollte.

Der jetzt erfolgte Schritt ist nicht hinreichend. Dafür spricht, dass Führungsmitglieder des ‚Sturm 34‘ in die überregionale Struktur ‚Bundesdivision Sächsischer Sturm‘ eingebunden sind. Ein Export des sehr brutalen Vorgehens auf andere Landkreise hätte verheerende Folgen für die Sicherheitslage im gesamten Freistaat. Deshalb ist eine konsequente Zerschlagung sämtlicher Strukturen der Neonazis im Kreis Mittweida zwingend geboten. Es versteht sich von selbst, dass die anstehenden Strafverfahren nunmehr zeitnah zu erfolgen haben ... Dringend notwendig ist, dass den Opfern des ‚Sturm 34‘ endlich ausreichende Hilfsangebote zur Verfügung gestellt werden müssen und nicht-rechte Jugendstrukturen im Kreis Mittweida mit finanziellen Mitteln und geschultem Fachpersonal gestärkt werden müssen.“

Mitteilung des Innenministeriums und PM Kerstin Köditz, MdL

Faschismus und Ideologie

Unter dem programmatischen Titel „Faschismus und Ideologie“ erschien 1980 im Argumentverlag auf zwei Bände von insgesamt knapp vierhundert Seiten verteilt eine Sammlung von Aufsätzen, die längst vergriffen ist. Nun, im Mai 2007, wird das Werk im selben Verlag, in einem Band zusammengeführt, von Klaus Weber neu herausgegeben.

Klaus Weber, der in seinem umfangreichen Vorwort den gegenwärtigen Stand der Faschismuskritik im deutschen Sprachraum darstellt, zur Aktualität des Themas:

„Die Frage nach der Erklärungsweise des deutschen Faschismus – wie auch anderer Faschismen – ist deswegen so brisant und hochaktuell, weil sie gleichzeitig die Frage danach beinhaltet, inwieweit momentane gesellschaftliche Entwicklungen eine Faschisierung ermöglichen oder gar vorantreiben.“

Und an derselben Stelle weiter, zur spezifischen Leistung der jetzt neu veröffentlichten Schrift:

„Die in diesem Band neu veröffentlichten Analysen des Projekts Ideologietheorie (PIT) zeigen am historischen Material, wie die Nazis in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse praktisch-ideologisch so eingegriffen haben, dass sie für ihre Politik eine klassenübergreifende Zustimmung erhalten konnten. Sie zeigen damit aber auch, dass die Möglichkeit einer neuen faschistischen Politik mit dem Jahr 1945 nicht automatisch verschwunden ist.“

Die Aufsätze, von denen hier die Rede ist, wurden Ende der siebziger Jahre von Leuten verfasst, die versuchten, linker Kritik im Wissenschaftsbetrieb der BRD einen Platz zu sichern. Der Text war seinerzeit ganz offensichtlich in eine aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussion hineingeschrieben worden. Dazu kommt, dass die Autorinnen und Autoren zur Entwicklung ihrer neuen analytischen Ansätze einen eigenen Jargon entwickeln. Es spricht für die Qualität der Untersuchungen, dass sie – wenn auch nicht gerade leicht zu lesen – sachlich und methodisch heute, ein Vierteljahrhundert nach ihrem Erscheinen und in einem in fast jeder Hinsicht stark veränderten politischen Umfeld, aufschlussreich und anregend zu lesen bleiben.

Die zehn Autorinnen und Autoren widmen sich der Frage, was den Nationalsozialismus in seiner Zeit als oppositionelle Bewegung und dann an der Macht stabilisierte.

Eine solche Richtung des kritischen Blicks fehlt gerade heute, wo wir es mit einer auflebenden faschistischen Bewegung zu tun haben, die trotz Ablehnung

durch die relevanten politischen Kräfte der Gesellschaft zusammenhält. Denn merkwürdigerweise kann gerade der starke Wunsch, die neue faschistische Zusammenballung zu zerstreuen, zu Desinteresse an den sozialen, kulturellen oder – wie es in dieser Schrift durchgängig heißt „ideologischen“ – Kräften führen, die den Zusammenhalt der Nazis auslösen. Es genügt doch, den Faschismus zu ächten, zu verwerfen, zu verbieten. Oder? – Wie sich zeigt, genügt das nicht.

Die zehn Autorinnen und Autoren von „Faschismus und Ideologie“ erstrecken ihre Studien auf ein breites Spektrum sozialer und kultureller Felder, ihre Arbeit lebt von der Auseinandersetzung mit der Masse des Materials, wovon das gut gegliederte und für sich lesbare Inhaltsverzeichnis der Schrift (siehe Kasten) einen Eindruck gibt. Eine zusammenfassende Darstellung dieses sowie so schon kompakten Stoffes ist nicht sinnvoll. Vielleicht ist es interessant, den Ansatz an Hand aktueller Problemlagen nachzuvollziehen.

Faschismus als ein Fall der Vergesellschaftung von oben

„Im Ideologischen fassen wir die ideale Vergesellschaftung-von-oben.“ Dieser kurze Satz wird im Vorwort von 1980 weitergeführt mit der Aussage: „In seiner Wirklichkeit ist das Ideologische daher zu untersuchen als äußere Anordnung in den gesellschaftlichen Verhältnissen.“ Unter „Vergesellschaftung“ wird dabei „jede Form der Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der individuellen Praxen, Vergesellschaftung der Arbeit ... ebenso wie die Gestaltung der Lebensweise im weitesten Sinn und die Austragung von Konflikten“ verstanden. Im Zuge der Entwicklung „staatlich verfasster Klassengesellschaften“ bildeten sich „Kompetenz/Inkompetenz-Strukturen“ heraus, die „Erkenntnisobjekt der Ideologietheorie“ seien. Als Bindeglied zwischen den ideologischen Mächten und den Individuen funktionieren „ideologische Praxen oder Rituale“, die ideologische Unter-Stellung *als Tätigkeit* organisieren“ (Hervorhebung im Orig.)

Der Akt der „Unterstellung“ würde also als Kapitulation, als passives Sich-Ergeben und Geschehen-Lassen falsch verstanden. Die Teilnahme an einem massenhaften Ritual ist Tätigkeit und enthält so notwendig mindestens ein Restmoment der individuellen Zustimmung. Durch die Unterstellung entsteht nicht nur eine Beziehung nach oben, sondern auch horizontal, zu den anderen Individuen.

Zwei Beispiele:

Wehrpflichtige Soldaten, die im Rahmen einer militärischen Grundausbildung genötigt werden, das Marschieren zu erlernen, könnten jederzeit aus dem gleichen Schritt fallen und den ganzen Aufzug durcheinander bringen. Warum geschieht das nicht dauernd?

Einerseits wegen der latenten Androhung disziplinarischer Folgen, andererseits aber weil diese ritualisierte Praxis der Marschkolonnen eine Abart von Gemeinschaft stiftet, ein starkes Gefühl, man könne sich aufeinander verlassen. Gerade in der Situation der Ängstigung durch die Vorgesetztenmacht wird das Gemeinschaftserlebnis existenziell wichtig. Die Unterstellung in den befohlenen Gleichschritt trägt zu einer Beziehung zwischen den Untergebenen, die Kameradschaft genannt wird. Durch Störung des Rituals zu zersetzen, würde also nicht nur in uferlose Schwierigkeiten mit der befehlgebenden Instanz führen, sondern auch die Verbindung zur sozialen Umgebung belasten. So gibt sich auch der unwillige Rekrut Mühe und lernt, willig im gleichen Schritt zu marschieren.

Dieses „innere“, irgendwie „freiwillige“ Verhalten, wird durch die äußere Anordnung – Wehrpflicht, Soldatengesetz usw. – ausgelöst, und wer es kritisieren will, muss sich vor allem mit dieser „äußeren Anordnung“ politisch auseinandersetzen. Das Ideologische an der Kameradschaft kann als falsches Bewusstsein o.Ä. nicht aufgehoben werden, nicht kritisch-gedanklich und nicht praktisch-politisch.

Eine Gemeinschaftserlebnis bietet auch die faschistische Bande, die eine Mahnwache durchsteht, beispielsweise unter der Losung „Rudolf Hess – Märtyrer für Deutschland“, ersatzweise auch „... für Europa“. Einer Kulthandlung dieser Art ist schwer beizukommen. Ihre merkwürdige Stabilität könnte sich mit den oben entliehenen Begriffen verstehen lassen.

Die Kreation der Losung ist für die Anhängerschaft ein Kompetenzgewinn, gerade weil sie alle Deutungen durch die zuständigen Instanzen von Lehre, Politik und Recht verwirft, eignet sie sich als Bekundung eines Führungsanspruchs.

Sie gewinnt ideologische Macht, die durch die Führung der Organisation vertreten und durch die Unterstellung der Gefolgschaft erwiesen wird. Teilnahme an der gedachten Mahnwache ist im o.g. Sinne Unterstellung als Tätigkeit. Die ritualisierte Aktion zieht ihre Stabilität gerade daraus, dass der Inhalt der vertretenen Losung definitiv nicht zur Debatte steht. Auf die Frage: Warum meinen Sie, dass ... käme die Antwort: Dafür stehe ich (hier). So unterstreicht der Akt der Unter-Stellung, dass man sich nicht zur Diskussion einer Frage versammelt hat, sondern zu gemeinsamen Tun. Der unmittelbare Lohn ist die

Kameradschaft, die durch Ausschluss jedes Zweifels an der Losung gewonnen wird, und der Kompetenzgewinn der Führung, der durch das Funktionieren des Rituals erzielt wird, an dem die Unterstellten teilhaben und der sie so über die Außenstehenden erhebt. Die Teilnehmenden haben, was sie wollen. Eine erfolgversprechende Kritik müsste auch hier an der „äußeren Anordnung“ ansetzen. Damit eine Losung politisch funktionieren kann, muss sie eine Perspektive aufmachen, die Gemeinschaft, die sie stiftet, muss beschrieben werden, und mobilisieren kann sie nur, wenn auch der Weg zum Ziel benannt ist.

In der genannten Losung benennen die Bezeichnungen „Deutschland“ oder wahlweise „Europa“ den Geltungsbe- reich und „Martyrium“ den Weg der demon- strativen, bedingungslosen Hinga- be, des Sich-Aufopfers. Dass Hess dies getan haben soll, belegt die Praktikabi- lität des Verfahrens.

Eine Auseinandersetzung mit dieser Losung als „äußere Bedingung“ der fraglichen Aktion führt weiter zu den politischen „äußeren Bedingungen“:

1. Martyrium für D/E: D/E funk- tionieren hier als eine ideologische Macht, die Unterstellung fordern darf bis hin zur „freiwilligen“ Hingabe des eigenen Lebens. Diese Komponente lebt von der Verbindung zu einem politischen Be- dürfnis aus „der Mitte“ einer Gesell- schaft, die sich immer tiefer in Kriege verstrickt und Opfer einfordert.

2. D/E als Gemeinschaft wird in einem Freund/Feind-Schema gedacht. Ohne **Martyrer kein Martyrium**. Dieser Teil der Losung lebt von einer Politik, die so- ziale Gegensätzen nach Staatsgrenzen ordnet, und auch hier drängt sich die Verbindung zur „Mitte“ der Gesell- schaft förmlich auf.

Eine wirksame Kritik müsste also die- se äußeren Bedingungen der faschisti- schen Mobilisierung treffen und ändern.

Würde man hingegen versuchen nachzuweisen, dass Hess keineswegs ein „Martyrer“ war und schon gar nicht „für Deutschland“ oder auch „für Eu- ropa“ so könnte eine solche Kritik am Ende sogar die Struktur „Martyrer/ Deutschland“ verfestigen.

Kampf um die Besetzung von „Elementen“?

In ihren – um es noch mal und deutlich zu sagen – außerordentlich informati- ven und anregenden Darlegungen kriti- sieren Autorinnen und Autoren an ver- schiedenen Stellen, dass linke Politik das Streben nach Gemeinschaft nicht ihrerseits zufriedenstelle (so z.B. Kap. 2.9., „Wirksamer Antifaschismus“): „Werden wir den Nazis die von ihnen besetzten Elemente überlassen – das ‚Volk‘, die ‚Nation‘, die ‚Gemeinschaft‘. Und was haben sie nicht alles besetzt. Alles, was den Alltag und seine Unter- brechungen markiert, Feste, Gebräuche,



Projekt Ideologietheorie (Hg.)
Faschismus und Ideologie
Argument Classics
ISBN 978-3-88619-334-9
19,50 [D] Argument Verlag

Inhalt

Vorwort des Herausgebers (Klaus Weber) Seite 7
Vorwort 1980 Seite 21

Kapitel 1: **Die Behandlung des Ideologischen in marxisti- schen Faschismustheorien Seite 29** – Agententheo- rie und Verselbständigungstheorie – Integration durch *Be- wusstseinsfalsifikation* und *Bündnisproblem*: Opitz und Kühn – Wirkung und Bekämpfung des Faschismus von innen – Verschiebungen im Instanzenverhältnis: Poulant- zas – Popular-demokratische Anrufungen: Laclau – Mar- xistische und bürgerliche Faschismusforschung

Kapitel 2: **Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen. Seite 67** – Rückblick auf die Kritische Theorie – Der faschistische Glaube und das Primat der Ideologischen Praxen – Die ideologische Krise – Hitlers Standpunkt – National-Sozialismus als Gegen-Bolsche- wismus – Exkurs: Antikommunismus und Gegenbolsche- wismus – Antisemitismus und Volksdiskurs – Exkurs: Zur Erklärbarkeit des faschistischen Antisemitismus – Die Per- formativität der faschistischen Volksgemeinschaft – Die Umorganisation des ideologischen Dispositivs: Re-Inter- pretation der Verselbständigungsthese – Die faschisti- sche „Macht über die Herzen“

Kapitel 3: **Ideologische Anordnung und Präsentation der Volksgemeinschaft am 1.Mai 1933. Seite 113.** – Der Erste Mai als Staatsakt – Ideologische Effekte von Mas- senveranstaltungen – (Auf-)Marschieren als Ordnungs- handeln – Exkurs: Appell als ideologische Anordnung – Appell: Attraktionen und ideologische Rahmung – Prä- sentationsformen in der Zivilgesellschaft – Orthopraxie der Volksgemeinschaft

Kapitel 4: **Ideologische Transformationsarbeit in Hitlers Rede zum 1.Mai 1933 Seite 143** – Entwicklung der Fra- gestellung – Konstitution des kulturellen Wir – Einbau des Nationalen in das Anti-Klassenkampf-Wir – Desartikula- tion der Arbeit von der Gewerkschaft – Konstitution von Volk und Gegenvolk – Unterstellung unter den Staat – Unterstellung unter den Führer – Die Stärke der faschisti- schen Intervention – Anhang: Hitlers Rede zum Ersten Mai 1933

Kapitel 5: **Die Erziehung des faschistischen Subjekts Sei- te 179** – Indoktrination, Irrationalismus und Zerstörung des Bildungswesens – Umartikulation des Bildungskas- nons – Volksschullehrer als „organische Intellektuelle“

des Nazismus auf dem Dorfe – Militärische Formierung und ideologische Subjektion – Der „Apparat Jugend“ in der Weimarer Republik – Hitlerjugend und Ideologie – Füh- rungsbildung von unten nach oben nach unten – Ge- meinschaft als imaginäres Subjekt – Rasse als Verdich- tung von Selektions-Funktion und Natur-Attraktion – Selbsteinordnung im Berufswettkampf

Kapitel 6: **Opferritual und Volksgemeinschaftsdiskurs am Beispiel des Winterhilfswerks. Seite 217–** Volksge- meinschaft als Volksbetrug? – Der Umbau sozialpoliti- scher Instanzen – Die ideologischen Praxen des Winter- hilfswerks – Volksgemeinschaft durch Opfer

Kapitel 7: **Die Organisation des Ideologischen als be- triebliche Praxis Seite 245** – Konsensbildung und struk- turell-organisatorische Spaltung der Gesellschaft – Spal- tung der Gesellschaft – Faschistische Aufhebung des Klassenantagonismus – Organisation faschistischer Be- triebspraxis – Primäre, praktisch-tätige Ideologisierung – Sekundäre Ideologisierung

Kapitel 8: **Gebauter Nationalsozialismus. Seite 271** – Zum Stellenwert der Architektur – Das Monumentale als ide- ologische Form – Die Staatsarchitektur als Zentrum der NS-Baupolitik – Exkurs: Der nazistische Diskurs über Ar- chitektur – Steinerner Anordnungen – Architektonische Produktion neuer Wahrzeichen – Fixierung neuer Domi- nanzverhältnisse – Architektur des Anti-Diesseits – Do- minanz des Imperialen

Kapitel 9: **Ideologische Subjektion in den Literaturver- hältnissen Seite 297** – Entwicklung der Fragestellung – Bücherverbrennungen: Inszenierung des Bruchs – Kon- junkturliteratentum: Kampf um den ideologischen Effekt – Anti-Politik: Wirkungsweise der faschistischen Mas- senromane – Innere Emigration: Flucht in die ideologi- sche Subjektivität

Kapitel 10: **Die Organisation des Ideologischen im Reichs- parteitagsfilm Seite 327** –Konstitution der Volksge- meinschaft durch den Film – Protonazistische Elemente und Ornament der Masse: Kritik der Ästhetisierungsthe- se – Die ideologische Transformationsarbeit – Die ideolo- gische Syntax – Exkurs: Zur Kritik der Kontinuitätsthese

Literatur: S.355. **Verzeichnis des audiovisuellen Mate- rials:** S. 373. **Verzeichnis der Abbildungen:** S. 374

Die AutorInnen: Kapitel 1 **Jan Rehmann**, Kapitel 2 **Wolfgang Fritz Haug**, Kapitel 3 **Manfred Behrens**, Kapitel 4 **Herbert Bosch**, Kapitel 5 **Rolf Nemitz**, Kapitel 6 **Wieland Elferding**, Kapitel 7 **Chup Friemert**, Kapitel 8 **Silke Wenk**, Kapitel 9 **Eckhard Volker**, Kapitel 10 **Thomas Laugstien**.

jahreszeitliche oder altersmäßige Ein- schnitte ...).“

Das auf diese Weise nahegelegte Ver- fahren, den Faschisten „Elemente“ nicht zu „überlassen“ dürfte wohl ein Irrweg sein. Elemente wie die oben ge- nannten dürfen nicht als bereitstehen- de Felder betrachtet werden, die in ei- nem politischen Spiel von dieser oder je- ner Kraft besetzt werden können.

Eine auf dem Wege der Unterstellung unters Vaterland erzeugte Gemein- schaft unterscheidet sich von einer frei gewählten grundlegend. Allerdings nicht dadurch, dass „frei gebildete Ge- meinschaft“ ohne die formenden Kräf- te der Gesellschaft denkbar wäre. Zu der Art und Weise, auf die solche äuße- ren Bedingungen auf den Lebensstil

wirken, hat in den letzten Jahrzehnten Pierre Bourdieu Beispielhaftes zu der strukturierenden Gewalt der materiel- len Lebensbedingungen ermittelt.

Linke Politik wird klüger handeln, wenn sie sich mit explizit politischen Fragen beschäftigt. So ist es z.B. mög- lich, dass eine erfolgreiche Kritik mili- tarisierter Außenpolitik letzten Endes dazu führt, dass den Kindern weniger Kriegsspielzeug geschenkt wird. Umge- kehrt geht es indessen nicht; die insbe- sondere von der grün-alternativen Be- wegung weit getriebene Ächtung von Kriegsspielzeug oder ähnlichem mehr hatte keinerlei Auswirkung auf die po- litische Bereitschaft, Kriegswerkzeug einzusetzen.

Martin Fochler

4. Mai. Weimar. *Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Herausgefordert! Hinausbefördert?* Wohnungslose und Wohnungslosenhilfe nach zwei Jahren Hartz-Gesetzgebung. Der Fachtag der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. wird sich mit den z.Zt. erkennbaren Konsequenzen der Hartz-Gesetzgebung in zentralen Bereichen der Wohnungslosenhilfe auseinandersetzen: mit den Hilfen in Wohnungsnotfällen, den Arbeitshilfen und dem Leistungsausschluss für Personen in stationären Einrichtungen. Anmeldung und nähere Info: www.bagw.de

12. Mai. Magdeburg. *Kommunalpolitische Konferenz der Linkspartei.PDS zum Umgang mit Rechtsextremisten: Mehr Demokratie wagen! Gegen rechts!* (10.30 Uhr bis 15 Uhr).

18. Mai. Berlin. *Ende der Urabstimmungen bei Linkspartei.PDS und WASG über die Verschmelzung der beiden Parteien.* Die Auszählungen finden am 19. Mai statt.

19. Mai / 20. Mai. München. *Gruppe Arbeiterstimme „Neue Hoffnungen der Linken?“ Bewegungen in Venezuela, Lage in Kolumbien usw.* München, Kulturladen Westend, Ligsalzstr. 44 (Anmeldungen 0911/ 51 80 381 abends)

21. bis 24. Mai. Sevilla. *Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.*

22. Mai. München. *Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.*

2. Juni. Rostock. *Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm.* Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. *31. Evangelischer Kirchentag.*

16. Juni. Berlin. *Gründungsparteitag Die Linke.*

Linke Sommerschule in Erfurt

Vorankündigung:

Die Linke Schule im Sommer 2007 findet statt vom **2. bis 5. August** in der Jugendherberge Erfurt.

Thema Kurs „**Kulturwissenschaften**“: Gesellschaft/Gemeinschaft.

Thema Kurs „**Wirtschaft**“: Welthandel, wahrscheinlich Wirtschaftsraum USA-Europa.

28./29. September. *72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.*

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. *2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.*

26 bis 28. Oktober. Hamburg. *Programmparteitag der SPD.*

4. bis 10. November. Leipzig. *21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.*

7. bis 9. November. Potsdam. *Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung.* Soziale Ungleichheiten und Armut sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vor-

herrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und 24 Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte. Nähere Info: www.bagw.de.

32. bis 4. Dezember. Hannover. *CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)*

Vorschau auf Wahlen

| Jahr | Monat | Wo? | Was? | Termin | Wahlperiode |
|-------------|--------|--------------------|---------------|--------|-------------|
| 2007 | Mai | Bremen | Land/Kom. | 13.5. | 4 Jahre |
| | Mai | Bremerhaven | Kommunal | 13.5. | 4 Jahre |
| 2008 | Januar | Hessen | Landtag | 27.1. | 5 Jahre |
| | Januar | Niedersachsen | Landtag | 27.1. | 5 Jahre |
| | Febr. | Hamburg | Land/Kom. | 24.2. | 4 Jahre |
| | März | Bayern | Kommunal | 2.3. | 6 Jahre |
| | Frühj. | Schleswig-Holstein | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Herbst | Bayern | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | Brandenburg | Kommunal | | 5 Jahre |
| | | | | | |
| 2009 | Frühj. | EU | Euro. Parl. | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Bundesversamml. | Bundespräsid. | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Baden-Württemb. | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Mecklenb.-Vorp. | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Rheinland-Pfalz | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Sachsen | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Sachsen-Anhalt | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Frühj. | Thüringen | Land/Kom. | | 5 Jahre |
| | Herbst | Bund | Bundestag | | 4 Jahre |
| | Herbst | Brandenburg | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | NRW | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Herbst | Saarland | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | Sachsen | Landtag | | 5 Jahre |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>